

EINE STUDIE DES

IN TRÄGERSCHAFT DER

IM AUFTRAG DER



Partnerschaft für **DEMOKRATIE**
im Kyffhäuserkreis

Situations- und Ressourcenanalyse



Für die Partnerschaft für Demokratie
im Kyffhäuserkreis



Februar 2025

Eine Studie des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena im Auftrag der Koordinierungs- und Fachstelle der Partnerschaft für Demokratie (Pfd) im Kyffhäuserkreis

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Freistaat
Thüringen



Ministerium
für Soziales, Gesundheit,
Arbeit und Familie



Thüringer Landesprogramm
für Demokratie,
Toleranz und Weltoffenheit

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben oder des Thüringer Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Arbeit und Familie dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Autor*innen:

Cornelius Helmert
Lisa Wagenschwanz
Rosa Sondermann

Mitarbeit:

Amelie Brockhaus

Lektorat:

Nadia Al Kureischi

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) Jena
In Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung
Tatzendpromenade 2a | 07745 Jena | www.idz-jena.de

Redaktionsschluss 9. Dezember 2024

VORWORT

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse (SRA) für den Kyffhäuserkreis im Auftrag der lokalen Partnerschaft für Demokratie (PfD) untersucht, welche demokratiegefährdenden Entwicklungen im Landkreis zu verzeichnen sind, aber auch, welche Potenziale und Ressourcen die demokratische Zivilgesellschaft, die Verwaltung und Kommunalpolitik vor Ort nutzen können, um die Demokratie regional zu stärken. Als Datengrundlage dafür dienen neben der Auswertung öffentlich zugänglicher Quellen (Medienberichte, Statistiken, Berichte) insbesondere leitfadengestützte Interviews und eine Fokusgruppendifkussion, die mit Akteur*innen der demokratischen Zivilgesellschaft, der Verwaltung und der Kommunalpolitik vor Ort durchgeführt wurden. Die vorliegende SRA bedient sich qualitativer Methoden der empirischen Sozialforschung und fokussiert die Perspektiven der befragten Expert*innen. Die Studie bildet also nicht die unterschiedlichen Perspektiven der gesamten Bevölkerung im Kyffhäuserkreis ab und beansprucht deshalb auch keine „Repräsentativität“, wie es bei quantitativ-methodischen Studien üblich ist. Die Handlungsempfehlungen, aus der wissenschaftlichen Außenperspektive verfasst, sind als Anregungen und Impulse für die Diskussion der demokratiestärkenden Akteur*innen im Kyffhäuserkreis zu verstehen.

An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bei allen Interviewpartner*innen bedanken, die diese SRA ermöglicht und mit ihrer Perspektive bereichert haben.

Das Auftreten rechtsextremer Akteur*innen beschränkt sich im Kyffhäuserkreis nicht nur auf Präsenz im Zuge von Wahlen und erlangter Ämter. Bundesweite Öffentlichkeit erhielt beispielsweise das Wahrzeichen des Landkreises – das Kyffhäuserdenkmal – insbesondere zwischen 2015 und 2017 aufgrund der sogenannten „Kyffhäusertreffen“, die der schon früh besonders radikal auftretende, rechtsextreme „Flügel“ in der AfD rund um Björn Höcke dort abgehalten hatte. Auch „Die Heimat“ (vormals NPD) verzeichnet im Landkreis nicht nur entgegen dem überregionalen Trend bereits seit einigen Jahren Wahlerfolge, sondern ist auch Teil eines aktiven Netzwerks aus anderen rechtsextremen Akteur*innen, wie sich insbesondere am 1. Mai 2024 bei einer Kundgebung in Sondershausen eindrücklich zeigte.

Neben diesen – offensichtlichen – demokratiegefährdenden Strukturen zeigt die vorliegende SRA auf, dass vor allem Jugendliche immer weniger Partizipationsmöglichkeiten wahrnehmen und die Strukturen der demokratischen Zivilgesellschaft lückenhaft sind, was insgesamt demokratiegefährdendes Potenzial besitzt.

In der Untersuchung wurde jedoch auch deutlich, dass diverse demokratiestärkende Potenziale und Ressourcen im Landkreis vorhanden sind, an denen angeknüpft werden kann. Daraus ergeben sich Handlungsempfehlungen, die hier kurz skizziert und am Ende der SRA ausführlich erläutert werden:

- Unterstützung bei der Etablierung prodemokratischer Strukturen, die über rechts-extreme Netzwerke und ihre Aktivitäten aufklären
- Keine Zusammenarbeit demokratischer Strukturen mit rechtsextremen Fraktionen und Parteien
- Entwicklung niedrigschwelliger und neuer Formate der Jugendbeteiligung
- Anknüpfung an Good-Practice-Beispielen der Jugendbeteiligung und ihre Bewerbung
- Verstetigung und Ausweitung von Schulsozialarbeit und mobiler Jugendarbeit
- Durchführung einer Auftaktveranstaltung für kreisweite Jugendbeteiligung
- Unterstützung für den Aufbau lokaler Selbst- und Interessensvertretungsstrukturen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen
- Abgrenzung aller demokratischen Strukturen von Diskursen und Narrativen der extremen Rechten – stattdessen positive Erzählungen setzen
- Hinterfragung und Abschaffung von Maßnahmen, die als diskriminierend empfunden werden
- Etablierung eines kreisweiten Austauschformats der demokratischen Zivilgesellschaft mit der Kommunalverwaltung und -politik, ggf. Aufbau eines Kommunalen Frühwarnsystems gegen demokratiegefährdende Potenziale
- Entwicklung von Formen der Wissensvermittlung zwischen verschiedenen lokalen Strukturen der Zivilgesellschaft
- Bereitstellung, Verstetigung und Ausweitung finanzieller und personeller Ressourcen

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	2
1 EINLEITUNG	6
Definitionen	7
2 FORSCHUNGSFRAGEN UND METHODIK	10
2.1 Analyseschema	10
2.2 Forschungsmethoden	12
3 RAUMKONTEXT	14
3.1 Soziodemografische und sozioökonomische Situation	14
3.2 Politische Einstellungsmuster	17
3.3 Wahlen und Wahlverhalten im Kyffhäuserkreis	17
4 SITUATION DES RECHTSEXTREMISMUS UND DES RECHTSPOPULISMUS	22
4.1 Formale Strukturen des Rechtsextremismus	23
4.2 Informelle Strukturen der extremen Rechten	26
4.3 Populistisch-heterogenes Protestmilieu	29
4.4 Rechtsextreme Räume und Raumnahme	30
5 PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN UND DEREN WAHRNEHMUNG DURCH JUGENDLICHE	34
5.1 Vorhandene Beteiligungsstrukturen	35

5.2	Gründe für geringe Wahrnehmung der Beteiligungsmöglichkeiten durch Jugendliche	36
5.3	Ressourcen, Anknüpfungspunkte und Potenziale.....	38
6	SITUATION GESELLSCHAFTLICH MARGINALISierter GRUPPEN	41
6.1	Die Situation von migrantischen und migrantisierten Menschen	41
6.2	Situation weiterer marginalisierter Gruppen	44
7	ZIVILGESELLSCHAFT, LOKALES UMFELD UND HERAUSFORDERUNGEN DER DEMOKRATISCHEN KULTUR	45
7.1	Engagementstrukturen.....	45
7.2	Fehlendes Engagement und Gründe	46
7.3	Zivilgesellschaft, Kommunalverwaltung und -politik	48
8	FAZIT UND HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN.....	51
	LITERATURVERZEICHNIS	54
	ABBILDUNGSVERZEICHNIS	69

1 EINLEITUNG

Die Frage, inwieweit die demokratische Verfasstheit der Gesellschaft in Deutschland und darüber hinaus gefährdet ist, wurde in den letzten Jahren ausgiebig diskutiert. Neben internationalen Entwicklungen wie Kriegen und der Etablierung antidemokratischer Regierungen sowie Erfolgen von rechtsextremen Parteien und Bewegungen in Deutschland liegt diese Frage auch in einem Wandel der politischen Einstellungen in der deutschen Gesellschaft begründet (vgl. Zick et al. 2023; Reiser et al. 2024). Auch bei Jugendlichen war 2024 eine Zunahme rechtsextremer Einstellungen und ablehnender Meinungen gegenüber der Demokratie zu beobachten (vgl. Quent et al. 2024).

Diese überregionalen Perspektiven auf den Zustand der Demokratie und der politischen Kultur dominieren oft die öffentliche Wahrnehmung, gleichzeitig sind die Entwicklungen und Effekte regional sehr unterschiedlich und sollten daher auch regionalspezifisch untersucht werden. Außerdem wird neben dem Erstarren antidemokratischer Akteur*innen und rechtsextremer Einstellungen in der Gesellschaft häufig zu wenig beachtet, dass zur Demokratie auch reale Partizipationsmöglichkeiten für alle gesellschaftlichen Gruppen gehören. Diese sind wesentliche Voraussetzungen für die Akzeptanz der pluralistischen Demokratie. Negative Partizipationserfahrungen hingegen können antidemokratische Einstellungsmuster begünstigen. Auch eine aktive demokratische Zivilgesellschaft ist dementsprechend ein zentraler Faktor zur Bewertung der demokratischen Kultur in einem Landkreis.

Die vorliegende Situations- und Ressourcenanalyse (SRA) untersucht die vorgenannten Aspekte der politischen Kultur und Demokratiegefährdungen für den Kyffhäuserkreis im Norden Thüringens. Ziel der SRA ist es, der demokratischen Zivilgesellschaft im Landkreis, insbesondere der beauftragenden lokalen Partnerschaft für Demokratie (PfD), eine wissenschaftliche Grundlage zu liefern und mögliche Schwerpunkte für die Arbeit der nächsten Jahre aufzuzeigen. Daneben erhalten auch Verwaltung und Kommunalpolitik Hinweise, welche Möglichkeiten zur Stärkung der Demokratie sie haben. Ziel dabei ist es, die soziale Kohäsion in den Kommunen und im Landkreis zu fördern, was rechtsextremen und demokratiegefährdenden Ideologien entgegenwirken kann, wie internationale Untersuchungen zeigen (vgl. Grossman et al. 2016; Strong Cities Network 2023; Khan 2024).

Die Datenbasis hierfür bilden:

- 1) *qualitative, inhaltsanalytisch ausgewertete Interviews und eine Fokusgruppendifkussion mit zentralen Akteur*innen im Landkreis¹,*
- 2) *öffentlich zugängliche Quellen (Wahlauswertungen, Medienbeiträge, Berichte),*

¹ An dieser Stelle möchten wir uns ausdrücklich bei allen Befragten aus Vereinen, Initiativen, Einrichtungen und Verwaltung bedanken, die diese Studie mit ihren Perspektiven ermöglicht und unterstützt haben.

3) *eine teilnehmende Beobachtung bei der Demokratiekonferenz im Kyffhäuserkreis am 25. April 2024.*

Die vorliegende SRA stellt damit keine (im statistischen Sinne) repräsentative Studie aller Perspektiven der Bevölkerung im Kyffhäuserkreis dar, sondern basiert auf den mit qualitativen Methoden analysierten Perspektiven der Befragten aus Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung (vgl. Kapitel 2.2.2) in Verbindung mit der Auswertung weiterer, öffentlich zugänglichen Quellen. Die am Ende aus wissenschaftlicher Perspektive verfassten Handlungsempfehlungen sind als Anregungen und Impulse zu verstehen, die die Diskussion der Akteur*innen im Kyffhäuserkreis, die die Demokratie stärken, anregen sollen.

Im Folgenden werden zuerst die *zentralen Begriffe* der SRA definiert und das *methodische Vorgehen* ausgeführt (Kapitel 2). Anschließend wird der für die SRA relevante *Raumkontext* des Landkreises (Kapitel 3) dargestellt, wobei auch auf Besonderheiten auf der *Einstellungsebene* (Kapitel 3.2) und im *Wahlverhalten* (Kapitel 3.3) eingegangen wird. Im Kapitel 4 wird die *Situation des Rechtsextremismus und des Rechtspopulismus* dargestellt, bevor ein Schwerpunkt der Analyse untersucht wird: die demokratische *Partizipationsmöglichkeit und deren Wahrnehmung durch Jugendliche* (Kapitel 5). Dem folgen die Darstellung der *Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen* (Kapitel 6) sowie die *Situation und Herausforderungen der demokratischen Zivilgesellschaft* (Kapitel 7). Im Rahmen der Situationsanalyse werden dabei jeweils vorhandene *Ressourcen*, aber auch *Potenziale* aufgezeigt. Letztere werden in Kapitel 8 zu diskussionsleitenden Handlungsempfehlungen für die demokratische Zivilgesellschaft, die PfD sowie für Verwaltung und Politik zusammengefasst.

DEFINITIONEN

Im Folgenden werden die zentralen Begriffe des vorliegenden Forschungsberichts definiert. Da die Definitionen übergreifend für alle Situations- und Ressourcenanalysen des IDZ gelten, sind die Definitionen früherer Analysen entnommen (Treidl et al. 2023; Richter und Salheiser 2021).

Zivilgesellschaft

Die *Zivilgesellschaft* ist ein häufig diffus verwendeter und normativ besetzter Begriff (Jessen et al. 2004). In dieser SRA wird er weit gefasst, nämlich als freiwilliges Engagement für das Gemeinwohl „jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre“ (Grande et al. 2021, S. 13). Der Handlungsraum der Zivilgesellschaft ist damit primär die Öffentlichkeit, wobei die in dieser Definition festgeschriebene Trennung von privater und öffentlicher Sphäre zurecht auch kritisiert wird (vgl. Sauer 2017). Wenn in dieser Analyse von der „Zivilgesellschaft“ gesprochen wird, so umfasst sie im weitesten Sinne alle nicht staatlichen und nicht profitorientierten Organisationen, Vereine, Initiativen, Gruppen, Bündnisse und Einzelpersonen, die sich für Demokratie, Vielfalt, Toleranz und gesellschaftlichen Zusammenhalt engagieren.

Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Gesellschaftliche Ungleichwertigkeitsideologien sind Einstellungsmuster, die bestimmte gesellschaftliche Gruppen abwerten und diskriminieren. Darunter fallen Ideologien wie Rassismus, Antisemitismus, Heterosexismus², Ableismus³, Ageismus⁴ etc. Da es sich dabei um historisch verankerte Ideologien handelt, haben diese meist nicht nur eine individuelle Dimension, sondern wirken auch institutionell und strukturell (Dieckmann et al. 2022, S. 9).

Auf solchen gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien beruhen auch unterschiedlichste Ausdrucksformen der sogenannten *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*. Diese umfasst die gelebte Realität von vorurteilsgeleiteter Diskriminierung, Herabwürdigung und Ausgrenzung marginalisierter Gruppen, inklusive negativer Stereotype und Vorurteilen (Zick et al. 2021). Im Vergleich zu gesellschaftlichen Ungleichwertigkeitsideologien, mit denen oft institutionelle und strukturelle Wirkungsweisen beschrieben werden, wird der Begriff der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit häufiger verwendet, um Einstellungen und Handlungen auf individueller Ebene von Personen zu beschreiben (Dieckmann et al. 2022).

Marginalisierte Gruppen

Unter *Marginalisierung* versteht man den „Prozess, bei dem Personen, Gruppen, soziale Kategorien (z. B. Arme, ethnisch-religiöse Minderheiten) an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und dadurch ihre gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Teilhabe erschwert oder verhindert wird“ (Endruweit et al. 2014, S. 280). Wie in dieser Analyse deutlich wird, hat Marginalisierung sowohl eine soziale als auch eine räumliche Komponente und ist damit eng an den Begriff der „Segregation“ geknüpft.

Rechtsextremismus

Unter dem Begriff *Rechtsextremismus* werden Einstellungsmuster subsumiert, deren gemeinsamer Nenner Ungleichwertigkeitsvorstellungen sind. Diese drücken sich im Bereich des Politischen durch eine Nähe zu autoritären oder diktatorischen Regierungsformen aus (Best und Vogel 2022). Rechtsextreme Einstellungsmuster gehen von einer rassistisch oder ethnisch begründeten Ungleichheit der Menschen aus und streben demnach nach ethnischer Homogenität innerhalb der eigenen Gemeinschaft. Dabei überhöhen Personen die

² Heterosexismus geht von Heterosexualität als Norm aus und bezeichnet die Abwertung, Ablehnung oder Stigmatisierung von nicht-heterosexuellen Orientierungen wie beispielsweise Homo- oder Bisexualität.

³ Ableismus bezeichnet die Ungleichbehandlung aufgrund körperlicher oder psychischer Behinderung sowie die Stereotypisierung und Reduzierung Betroffener auf ihre Behinderung.

⁴ Ageismus ist die Diskriminierung aufgrund des Alters.

eigene Nation („Chauvinismus“). Sie lehnen liberale Gleichheitsvorstellungen ab und betonen stattdessen den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum. Häufig sind sie geprägt durch antisemitische und antifeministische Denkmuster (Jaschke 2001). Rechtsextreme Einstellungen sind nicht auf die Ränder der Gesellschaft beschränkt, sondern finden sich in allen gesellschaftlichen Gruppen und häufig auch in der sogenannten „Mitte“ der Gesellschaft (Decker et al. 2010).

Rechtspopulismus

Der Begriff *Rechtspopulismus* bezeichnet nach dem von Mudde und Kaltwasser (2017) vorgeschlagenen Verständnis solche politischen Parteien, Bewegungen bzw. Strategien, die sich einer „antagonistischen Logik [bedienen], die auf der vertikalen Dimension einen Gegensatz zwischen ‚dem guten, moralisch reinen Volk‘ und den ‚schlechten, korrupten Eliten‘ konstruiert, auf der horizontalen Dimension einen Gegensatz zwischen einem ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘“ (Küpper et al. 2019, S. 178). In der politikwissenschaftlichen Forschung umstritten ist allerdings, ob der Rechtspopulismus eine eigenständige politische Strömung darstellt oder ob es sich dabei nicht vielmehr um eine Diskurs- und Aktionsstrategie radikal und extrem rechter Akteur*innen handelt, mit der diese versuchen, über ihr Stammklientel hinausgehende Wähler*innen- bzw. Anhänger*innenpotenziale zu erschließen und diese mittels vermeintlich demokratischer Programmatik zu mobilisieren. Die sogenannte „Neue Rechte“, die sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs in ihrer Außendarstellung um eine Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus bemüht, diskutiert in diesem Zusammenhang durchaus kontrovers eine Tendenz zur „Selbstverharmlosung“ (Kubitschek 2017) – d. h. eine Tendenz zur instrumentellen, rhetorischen Verschleierung, graduellen Abschwächung oder endgültigen Abkehr von bestimmten ideologischen Inhalten und politischen Zielen. Diese würden u. a. ihren Wahlerfolg verhindern, stünden der weiteren gesellschaftlichen Normalisierung im Weg und riefen staatliche Repressionen hervor.

2 FORSCHUNGSFRAGEN UND METHODIK

Die SRA geht den folgenden Fragestellungen nach:

- Welche antidemokratischen und demokratiegefährdenden Strukturen, Entwicklungen und Phänomene können für den Kyffhäuserkreis ausgemacht werden?
- Welche Partizipationsmöglichkeiten für verschiedene gesellschaftliche Gruppen, insbesondere Jugendliche, existieren, wie werden diese wahrgenommen und welche Fehlstellen können ausgemacht werden?
- Wie ist die Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen im Landkreis, wie weit sind Diskriminierungsformen verbreitet und wie wird damit umgegangen?
- Wie ist der Zustand der demokratischen Zivilgesellschaft, welche Strukturen gibt es und welche Fehlstellen werden aufgezeigt?
- Welche Handlungsmöglichkeiten für Zivilgesellschaft, Verwaltung und Kommunalpolitik zur Stärkung der demokratischen Kultur können ausgemacht werden?

Die politische Kultur, demokratiegefährdende sowie diskriminierende Tendenzen, Ursachen und Bedingungen für rechtsextreme Einstellungen und Akteur*innen in einer Region lassen sich mittels unterschiedlicher Methoden untersuchen. In Bezug auf die Ursachen antidemokratischer Einstellungsmuster kann laut Richter und Salheiser (2021) konstatiert werden,

„dass radikal rechte Einstellungsmuster aus einem komplexen Ursachengeflecht individueller, situations- und kontextbezogener Faktoren entstehen und sich in Abhängigkeit von den regionalspezifischen Gegebenheiten in unterschiedlichem Umfang im öffentlichen Raum artikulieren und verstetigen können.“ (Richter und Salheiser 2021, S. 13)

Diese Erkenntnis war auch die Grundlage für das 2015 von Quent und Schulz vorgelegte standardisierte Schema für die Analyse des Rechtsextremismus in lokalen Kontexten (Quent und Schulz 2015). Dieses Grundmuster bildete wiederum die Basis für ein am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft weiterentwickeltes Analyseschema, welches in der vorliegenden Untersuchung Anwendung findet.

2.1 ANALYSESCHEMA

Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023) haben das Analyseschema (siehe Abbildung 1), das vor allem den Raumkontext und die Situation des Rechtsextremismus fokussierte, um einen Schwerpunkt auf lokale Partizipationsmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen, aber auch um Diskriminierung und die gesellschaftliche Marginalisierung von Gruppen erweitert. Dementsprechend baut das erweiterte Analyseschema auf drei Kernbereichen auf:

1. **Raumkontext:** demografische Merkmale, lokale sozioökonomische Situation, politische Einstellungsmuster und Wahlverhalten (vgl. Kapitel 3)
2. **Situation des Rechtsextremismus, demokratischer Partizipation und Diskriminierung:** formelle und informelle lokale Strukturen des Rechtsextremismus, des Rechtspopulismus und des heterogen-pluralistischen Protestmilieus (vgl. Kapitel 4), Partizipationsmöglichkeiten Jugendlicher (vgl. Kapitel 5) und die Situation marginalisierter Gruppen (vgl. Kapitel 6)
3. **Zivilgesellschaft und lokales Umfeld:** zivilgesellschaftliche Strukturen, Aktivitäten und Herausforderungen für Engagement (vgl. Kapitel 7)

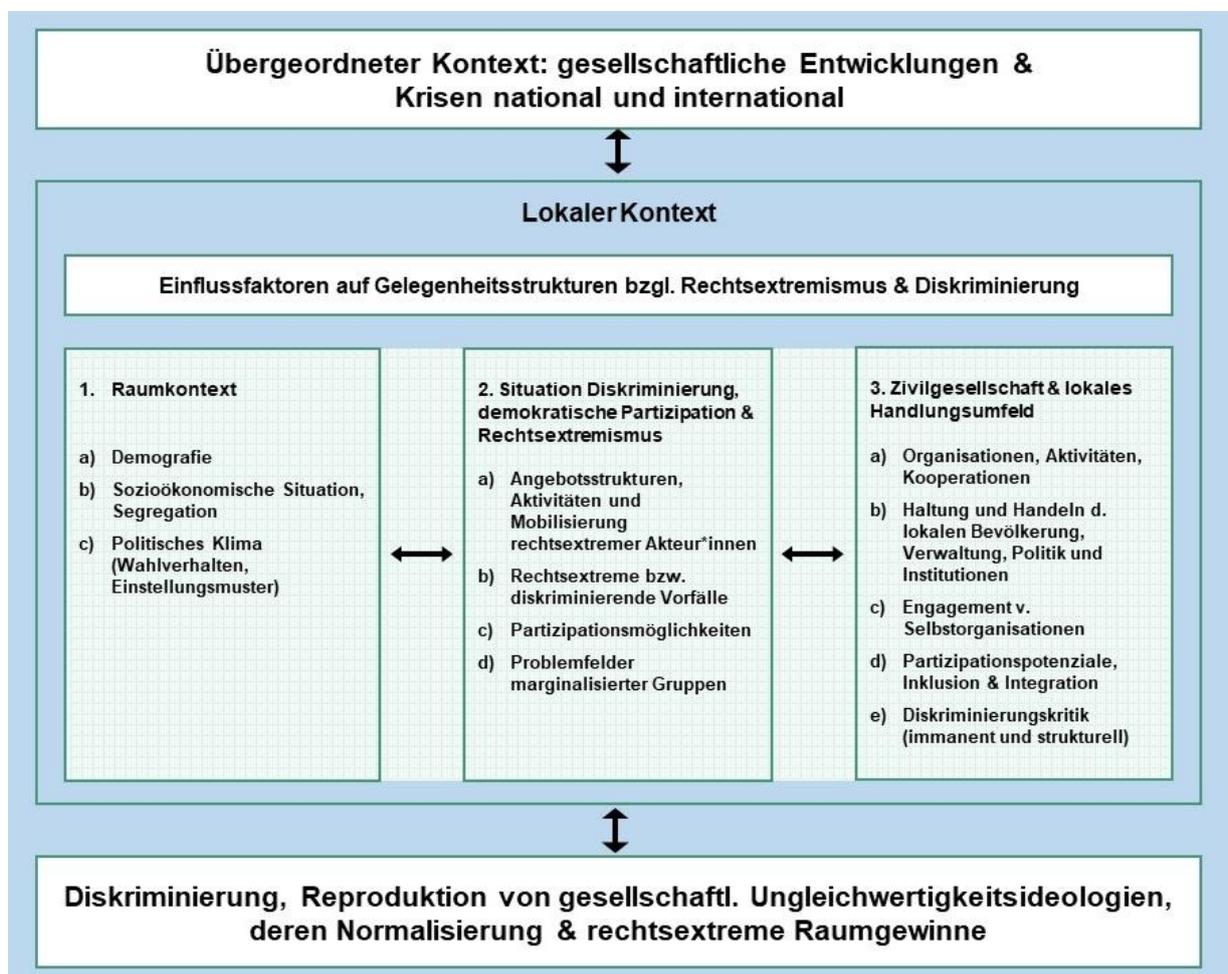


Abbildung 1: Adaptiertes Analyseschema nach Quent und Schulz (2015), Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023).

Die vorgenannten Bereiche sind nicht voneinander isoliert, sondern stehen im Wechselverhältnis zueinander. Außerdem sind sie stark durch überregionale, nationale und internationale Ereignisse und Entwicklungen geprägt. Für die vorliegende SRA für den Kyffhäuserkreis waren dies insbesondere die Coronapandemie und ihre Spätfolgen, die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine und die drei Wahlen auf verschiedenen politischen Ebenen, die 2024 in Thüringen stattfanden (vgl. Kapitel 3.3).

Die SRA beschränkt sich jedoch nicht auf die Beschreibung der Problemlagen und Herausforderungen im Kyffhäuserkreis, sondern zeigt insbesondere in Kapitel 5 und 7 auch die vorhandenen Ressourcen und Potenziale im jeweiligen Kernbereich auf. Daraus werden Handlungsmöglichkeiten für die demokratische Zivilgesellschaft, die PfD sowie für Verwaltung und Lokalpolitik abgeleitet (vgl. Kapitel 8).

2.2 FORSCHUNGSMETHODEN

Die SRA wurde auf Basis dreier qualitativer Forschungsmethoden erstellt, die einander ergänzen. Auch wenn die SRA keine repräsentative Befragung der Bevölkerung des Kyffhäuserkreises umfasst, kann auf der Basis der unterschiedlichen methodischen Zugänge ein breiter Einblick in die Perspektiven auf demokratiegefährdende und demokratiefördernde Entwicklungen im Kyffhäuserkreis geboten werden. Die Erkenntnisse aus den unterschiedlichen Blickwinkeln werden dabei miteinander verbunden und abgewogen. Im Folgenden werden die drei Methoden kurz beschrieben:

2.2.1 Sekundäranalyse

Die Auswertung von statistischen Daten, Wahlergebnissen, Medienbeiträgen und Beschlüssen aus den Kommunalparlamenten wurde mittels einer Sekundäranalyse gestaltet. Neben dieser Datengrundlage wurden auch öffentlich zugängliche Chroniken und Berichte über rechtsextreme Entwicklungen im Landkreis von den Thüringer Beratungsstellen MOBIT⁵ und ezra⁶ sowie quantitative wissenschaftliche Arbeiten über rechtsextreme Strukturen und Einstellungen im Landkreis in Form des Thüringen-Monitors und der Topografie des Rechtsextremismus des KomRex⁷ der Friedrich-Schiller-Universität Jena als Quellen der Sekundäranalyse ausgewertet.

Die Erkenntnisse dieser Sekundäranalyse wurden auch als Basis zur Erstellung der Leitfäden für die Expertise-Interviews und die Fokusgruppendifkussion genutzt, indem zentrale Themenschwerpunkte identifiziert und in die Leitfäden integriert wurden.

2.2.2 Expertise-Interviews

Im Zeitraum von Mai bis Oktober 2024 wurden insgesamt acht leitfadengestützte Expertise-Interviews geführt. Daneben wurden weitere schriftliche Interviews angefragt, wovon bis Redaktionsschluss nur eine Anfrage beantwortet wurde.

⁵ MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen): <https://mobit.org>.

⁶ ezra (Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen): <https://ezra.de>.

⁷ KomRex - Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration: <https://komrex.uni-jena.de>.

Befragt wurden Expert*innen aus den Bereichen der Jugendarbeit, Beratung, Verwaltung und engagierten Zivilgesellschaft sowie aus Vereinen, Initiativen und Bündnissen. Die Auswahl erfolgte einerseits aus Vorgesprächen, u. a. mit den Koordinator*innen der PfD im Kyffhäuserkreis. Andere Expert*innen wurden auf Basis der Sekundäranalyse sowie der Vorwertung bereits geführter Interviews identifiziert. Außerdem wurde darauf geachtet, dass verschiedene Kommunen und Regionen des Kyffhäuserkreises interviewt wurden, um auch lokale Unterschiede ausmachen zu können.

Die Interviews wurden als Audiomitschnitt aufgenommen, transkribiert, anonymisiert und mittels der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2022) computerunterstützt ausgewertet.

2.2.3 Fokusgruppendifkussion

Wie bereits dargestellt, wurde auf Basis der zuvor ausgewerteten Interviews eine Fokusgruppendifkussion als dritte Methode der SRA organisiert und im September 2024 durchgeführt. Bei der Leitfadenerstellung, aber auch bei der Zusammensetzung der Fokusgruppe wurde die Auswertung der Interviews dahingehend berücksichtigt, dass auf die Beteiligung fehlender Perspektiven geachtet wurde und bestehende Wissenslücken in die Fragestellung der Diskussion integriert wurden. So wurde die Fokusgruppe vor allem nach den Kriterien zusammengestellt, Perspektiven aus verschiedenen ländlichen Räumen im Kyffhäuserkreis abzubilden sowie intensiv die Partizipationsmöglichkeiten und deren Wahrnehmung durch Jugendliche im Kyffhäuserkreis zu erfassen (vgl. Kapitel 5). An der Fokusgruppendifkussion nahmen vier Personen aus unterschiedlichen Kommunen des Kyffhäuserkreises und mit unterschiedlichen Funktionen teil. Durch die gemeinsame Diskussion konnten sich die Teilnehmenden gegenseitig auf ihre Wortmeldungen beziehen und ihre Perspektive dazu einbringen. Das stellt einen Erkenntnisgewinn dar, der die Expertise-Interviews ergänzt und durch die Triangulation der Erkenntnisse aus den drei Methoden Perspektivenvielfalt gewährleistet.

3 RAUMKONTEXT

Der Kyffhäuserkreis im Norden Thüringens ist überregional vor allem für das kleine, namensgebende Mittelgebirge südlich des Harzes mit seinem „Kyffhäuserdenkmal“, einem 1896 eingeweihten Kaiser-Wilhelm-Denkmal, bekannt. In den letzten zehn Jahren wurde überregional über die sogenannten „Kyffhäusertreffen“ des rechtsextremen „Flügels“ der Alternative für Deutschland (AfD) am Fuße des Denkmals berichtet (vgl. Kapitel 4.1.1 und Kapitel 4.4.1). Der Landkreis hat eine große West-Ost-Ausdehnung und wurde in der Gebietsreform 1994 aus Gemeinden der früheren Landkreise Sondershausen und Artern gebildet. Diese beiden Merkmale wurden von Interviewpartner*innen auch mit Erschweren für die demokratische Kultur verbunden. So führe die große Fläche und insbesondere die längliche Ausdehnung „wie eine Bratwurst“ (Interview 4) zu weiten Wegen, was insbesondere für Jugendliche mit einem gesteigerten Aufwand bei kreisweiten Treffen und Aktivitäten einhergehe (vgl. Kapitel 5.2). Eine interviewte Person äußerte zudem die Wahrnehmung, dass der Ursprung des Landkreises aus zwei früheren Landkreisen noch heute wahrnehmbar sei:

„Und das ist aber nicht so richtig zusammengewachsen, weil der eine Teil war Bezirk Halle in der DDR, und der andere Teil war Bezirk Erfurt, und die hatten, also da gibt es so eine Grenze sozusagen, das wuchs nicht richtig zusammen, deswegen begreifen die sich auch nicht als Region und sehen sich als Konkurrenz. Also es hat sich Sondershausen so ein Stück weit selbst isoliert, sag ich jetzt mal, im Laufe der Jahre.“ (Interview 6)

In der Analyse der Interviews und der Fokusgruppendifkussion wurde auch deutlich, dass die Partizipationsmöglichkeiten (vgl. Kapitel 5) und zivilgesellschaftlichen Strukturen (vgl. Kapitel 7) lokal sehr unterschiedlich ausgeprägt und kreisweite Strukturen begrenzt sind, was möglicherweise mit der Entstehungsgeschichte des Landkreises zusammenhängt.

3.1 SOZIODEMOGRAFISCHE UND SOZIOÖKONOMISCHE SITUATION

Im Kyffhäuserkreis⁸ lebten zum Ende des Jahres 2023 rund 73.000 Einwohner*innen in 28 Gemeinden, darunter 8 kreisfreie Kleinstädte (siehe Abbildung 2). Reiser et al. (2023) ordnen den Kyffhäuserkreis anhand eines thüringenspezifischen *Ländlichkeitswerts* als „sehr ländlich“ ein.⁹ Neben dem Saale-Orla-Kreis und Hildburghausen hat er die geringste Bevölkerungsdichte in Thüringen. Wie für den überwiegenden Teil der Thüringer Landkreise und

⁸ Die soziodemografischen und sozioökonomischen Daten für den Kyffhäuserkreis sind, soweit nicht anderweitig kenntlich gemacht, den Angaben des Thüringer Landesamts für Statistik (2024d) entnommen.

⁹ Reiser et al. (2023) unterscheiden in ihrer Clusteranalyse zwischen vier Klassen: „städtisch“, „etwas städtisch“, „moderat ländlich“ und „sehr ländlich“. Sie ziehen für ihre thüringenspezifische Analyse einen Index des Thünen-Instituts (2022) heran und modifizieren diesen entsprechend.

kreisfreien Städte wird auch für den Kyffhäuserkreis eine negative Bevölkerungsentwicklung prognostiziert. Es wird angenommen, dass bis 2042 die Bevölkerung im Landkreis auf rund 62.400 Einwohner*innen sinkt. Mit einem relativen Rückgang von rund 15 % gehört der Kyffhäuserkreis gar zu den stark schrumpfenden Landkreisen in Thüringen. Das Durchschnittsalter der Landkreisbevölkerung lag Ende 2021 bei 49,1 Jahren (Thüringen: 47,6 Jahre). Ende 2023 waren rund 15 % der Landkreisbevölkerung unter 18 Jahre alt, rund 5 % unter 25 Jahre und 29 % über 64 Jahre, womit die Altersverteilung im Landkreis fast im Landesdurchschnitt lag. Prognosen zufolge wird das Durchschnittsalter im Landkreis bis 2030 auf 49,7 Jahre und bis 2040 auf 50,3 Jahre ansteigen. Der Kyffhäuserkreis folgt hier dem thüringenweiten Trend der Alterung der Bevölkerung, wird aber weiterhin leicht über dem Landesdurchschnitt liegen, der 2030 bei 48,2 Jahre und 2040 bei 48,6 Jahre liegen soll.

Trotz des hohen Ländlichkeitswerts ist der Landkreis hinsichtlich des Bruttoinlandsprodukts (BIP) pro erwerbstätiger Person im thüringenweiten Vergleich seit 2020 gut aufgestellt. Während der Landkreis in den Vorjahren mit seinem BIP Durchschnittswerte im Freistaat erreichte, bringt er es seit den letzten fünf Jahren unter die fünf Landkreise bzw. kreisfreien Städte Thüringens mit dem höchsten BIP pro erwerbstätiger Person. Beim Haushaltsnettoeinkommen¹⁰ gehört der Kyffhäuserkreis allerdings zu den Regionen mit dem niedrigsten Einkommen in Thüringen. Analog liegt auch die Arbeitslosenquote seit einigen Jahren über dem Landesdurchschnitt. Im Jahr 2023 erreichte sie im Kreis durchschnittlich 8,7 % (Landesdurchschnitt: 6,0 %). Auch die Arbeitslosigkeit bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 15 und 25 Jahren ist – nach positiver Entwicklung zwischen 2011 und 2021 (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2022, S. 24) – mit 9,0 % einige Prozentpunkte höher als der Landesdurchschnitt von 6,7 %. Die Jugendarbeitslosigkeit wurde in den Expertise-Interviews als Problemlage identifiziert, die sich wiederum negativ auf die demokratische Partizipation auswirke (vgl. Kapitel 5).

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung im Landkreis, d. h. Einwohner*innen ohne deutsche Staatsbürgerschaft, liegt seit einigen Jahren unter dem Durchschnitt der Thüringer Landkreise (ohne kreisfreie Städte). Ende 2023 waren es im Kyffhäuserkreis 5,6 % (Durchschnitt der Thüringer Landkreise: 6,9 %). Es gibt im Landkreis fünf Geflüchtetenunterkünfte, von denen seit dem 1. November 2024 zwei wegen geringer Auslastung nicht bewohnt sind (Hellmann 2024d). Gründe dafür sind die verstärkte dezentrale Unterbringung und die gesunkenen Geflüchtetenzahlen in Thüringen allgemein (ebd.). Im November 2024 lebten laut Zeitungsangaben ca. 2.000 Menschen mit Aufenthaltsrecht aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen, mit laufenden Asylverfahren oder mit Duldung im Kyffhäuserkreis (ebd.).

¹⁰ Das Haushaltsnettoeinkommen beschreibt alle Einnahmen eines Haushalts abzüglich der Steuern und Sozialabgaben.

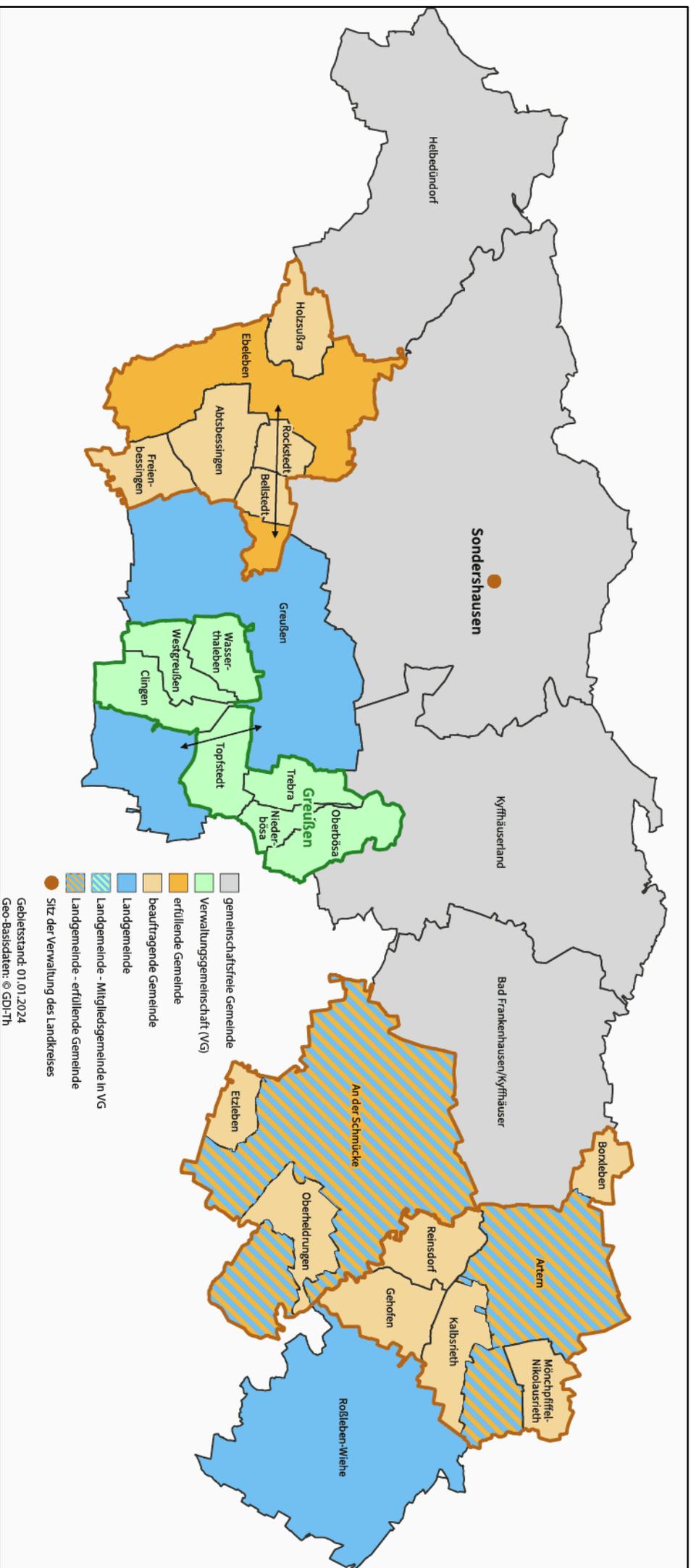


Abbildung 2: Gebietsstand des Kyffhäuserkreises zum 01.01.2024 (Anmerkung: zu einzelnen Gemeinden zugehörige aber räumlich abgetrennte Gebiete werden über Doppelpfeile mit der Gemeinde verbunden (Quelle: Thüringer Landesamt für Statistik 2024b))

3.2 POLITISCHE EINSTELLUNGSMUSTER

Zur Beschreibung der politischen Einstellungen im Landkreis wird auf die Daten des Thüringen-Monitors und der Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen zurückgegriffen. Im Thüringen-Monitor des KomRex der Friedrich-Schiller-Universität Jena werden seit dem Jahr 2000 die politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung zu Demokratie, Rechtsextremismus und Antisemitismus auf Grundlage repräsentativer Befragungsdaten untersucht, um u. a. Aussagen zur Entwicklung der politischen Kultur im Freistaat im Zeitverlauf zu treffen (Reiser et al. 2024). Die Topografie des Rechtsextremismus, ebenfalls vom KomRex u. a. in Form einer Website (Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen 2024) und regelmäßiger Projektberichte (z. B. Koch et al. 2023, 2024) bereitgestellt, bietet eine Aufbereitung öffentlich zugänglicher Daten aus den Phänomenbereichen Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Laut der Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen (2024) stimmen im Kyffhäuserkreis durchschnittlich 21 % rechtsextremen Einstellungen zu.¹¹ Damit gehört er zu den Thüringer Landkreisen mit den höchsten Zustimmungswerten bei rechtsextremen Einstellungen (Thüringer Gesamtwert: 19 %). Bei ethnozentrischen Einstellungen¹² weist der Kyffhäuserkreis mit durchschnittlich 50 % gar den höchsten Zustimmungsanteil in Thüringen auf (Thüringer Gesamtwert: 39 %). Bei der Zustimmung zur Ideologie des Nationalsozialismus liegt der Kyffhäuserkreis mit durchschnittlich 5,1 % im Vergleich zu anderen Thüringer Landkreisen im niedrigen Anteilsbereich (Thüringer Gesamtwert: 8 %).

Die hohen Zustimmungswerte, insbesondere bei rechtsextremen und ethnozentrischen Einstellungen, deuten bereits auf eine breite Basis für rechtsextreme und demokratiegefährdende Strukturen im Landkreis hin.

3.3 WAHLEN UND WAHLVERHALTEN IM KYFFHÄUSERKREIS

Ogleich Wahlen nicht alleiniger Indikator für politische und demokratische Kultur in einer Region sind, weisen die Ergebnisse auf deren Zustand hin. Insbesondere die Zustimmung für antidemokratische Parteien zeigt, neben rechtsextremen und diskriminierenden Einstellungsmustern, wie sich die antidemokratische Stimmung entwickelt. In diesem Sinne lag spätestens ab Juni 2023 mit der Wahl Robert Sesselmanns (AfD) zum Landrat im Landkreis

¹¹ Die Einstellungen der Thüringer Bevölkerung wurden im Thüringen-Monitor repräsentativ für Gesamthüringen erhoben, aber nicht für die einzelnen Landkreise und kreisfreien Städte, weshalb die hier dargestellten Daten nicht repräsentativ für den Landkreis sind (Koch et al. 2023). Die aufgeführten Anteilswerte geben den Datenquerschnitt der Jahre 2012-2022 aus der Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen (2024) wieder.

¹² Ethnozentrismus wird verwendet für ein Einstellungsmuster, in welchem „die eigene Gruppe der Mittelpunkt von allem ist und alle anderen mit Bezug darauf bemessen und bewertet werden“ (übersetzt nach Sumner 1906, S. 13). Im Thüringen-Monitor wird das Vorhandensein einer ethnozentrischen Einstellung bei der befragten Person durch die Auswertung der Zustimmung zu oder Ablehnung von fremdenfeindlichen und nationalistisch-chauvinistischen Aussagen geprüft. Ethnozentrische Einstellungen sind verbreiteter als neo-nationalsozialistische Einstellungen und finden in einem breiten politischen Spektrum Anklang (Koch et al. 2023; Best et al. 2017, S. 136–138).

Sonneberg der Fokus der – auch bundesdeutschen – Öffentlichkeit auf den Wahlen in Thüringen 2024 und insbesondere auf dem Ergebnis der rechtsextremen Thüringer AfD mit ihrem Spitzenkandidaten Björn Höcke. Im Folgenden werden die jeweils letzten Wahlen der verschiedenen politischen Ebenen im Kyffhäuserkreis betrachtet und Auffälligkeiten bzgl. antidemokratischer Entwicklungen dargestellt.

3.3.1 Bundestags- und Europawahl

Sowohl bei der Bundestagswahl 2017 als auch bei der darauffolgenden im Jahr 2021 beteiligten sich 71,7 % der Wahlberechtigten im Kyffhäuserkreis. Damit war die regionale Wahlbeteiligung nur geringfügig niedriger als die im Durchschnitt des Freistaats (74,9 %). Stärkste Partei im Landkreis wurde 2021 die AfD mit 26,9 % der Zweitstimmen (Landesergebnis: 24,0 %), gefolgt von der SPD mit 24,8 % und der CDU mit 16,9 % der Stimmen. Die Linke erhielt 12,1 % der Zweitstimmen, die FDP 8,2 % und die Grünen kamen auf 3,2 %. Die NPD (heute „Die Heimat“) erreichte damals 0,5 %.

Bei der Europawahl am 9. Juni 2024 war die AfD die mit Abstand stärkste Partei im Landkreis mit einem Stimmenanteil von 35,7 %, der einige Prozentpunkte über dem Landesergebnis von 30,7 % lag. Bei der Europawahl 2019 hatte die AfD noch 23,2 % der Stimmen im Landkreis erhalten. Das zweitstärkste Ergebnis bei der Europawahl 2024 erreichte die CDU mit 20,8 %, gefolgt vom Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) mit 15,7 % und von der SPD mit 10,7 %. Von den anderen angetretenen Parteien erreichte keine über 1,7 %. „Die Heimat“ (vormals NPD), die im Kyffhäuserkreis elektoral auf Kommunalebene noch verhältnismäßig erfolgreich ist (vgl. Kapitel 3.3.2), erreichte 0,5 % (Gesamtthüringen: 0,3 %). Damit verlor sie 1,6 Prozentpunkte im Landkreis im Vergleich zu 2019.

3.3.2 Kommunalwahlen

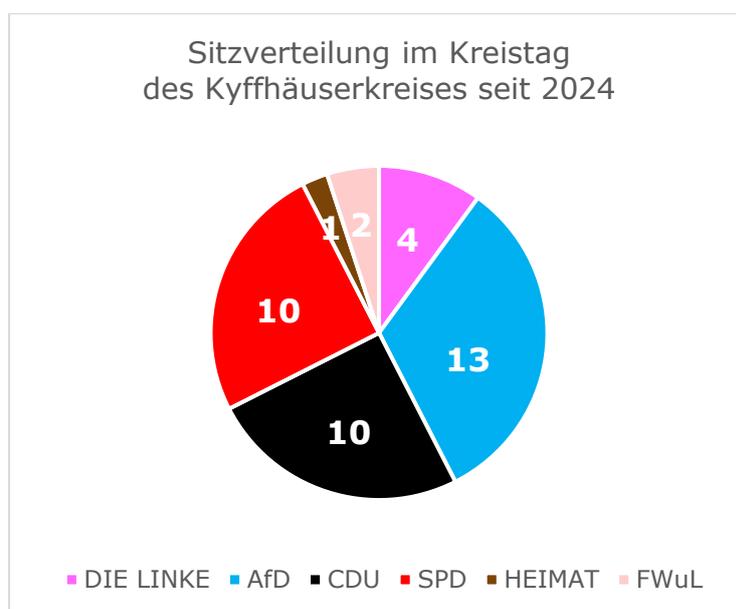


Abbildung 3: Sitzverteilung im Kreistag des Kyffhäuserlandkreises nach der Kreistagswahl 2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024a).

Im Kreistag stellt seit der Kommunalwahl im Juni 2024 die AfD mit 31,2 % der Stimmen und 13 Sitzen die stärkste Fraktion. Mit einem Zuwachs von 13,5 Prozentpunkten und 6 Sitzen ist die Fraktion im Vergleich zur vorherigen Zusammensetzung des Kreistags die einzige, die mehr Sitze erzielen konnte. Die Partei „Die Heimat“ zog, wie auch bei der letzten Kommunalwahl, mit 3,1 % der Stimmen und einem Sitz in das Kommunalparlament ein. Patrick Weber nimmt diesen Platz ein (vgl. Kapitel 4.1.2). Die meisten Sitze verlor Die Linke: Sie erhielt statt 7 Sitzen im neuen Stadtrat noch 4 Sitze mit 9,9 % der Stimmen. Mit jeweils 10 Sitzen zogen die SPD (24,3 %) und die CDU (23,8 %) in den Kreistag ein. Ihren jeweiligen Sitz verloren Grüne und FDP, die nur knapp über 1 % der Stimmen erhielten und nun nicht mehr im Kreistag vertreten sind. Ebenfalls einen Sitz verloren Freie Wähler/unabhängige Liste (FWuL), die mit 5,4 % jetzt 2 Sitze innehaben. Die Wahlbeteiligung lag 2019 bei 60,9 %, im Jahr 2024 bei 61,7 %.

Für die Position des*der neuen Landrät*in traten 2024 im Kreis drei Kandidat*innen an: Andreas Hartung-Schettler von der AfD (vgl. Kapitel 4.1.1), Sven Oesterheld von der CDU und die bisherige Amtsinhaberin Antje Hochwind-Schneider von der SPD. Mit 45,7 % und 32,8 % der Stimmen zogen die SPD-Kandidatin und der AfD-Kandidat in die Stichwahl ein. Aus dieser ging die Amtsinhaberin mit 58,6 % der Stimmen als Gewinnerin hervor. Der AfD-Kandidat erhielt in der Stichwahl 2.625 Stimmen mehr als noch im ersten Wahldurchgang. Die Wahlbeteiligung lag im ersten Wahlgang bei 61,7 %, zur Stichwahl bei 59,1 %.

Die Kommunalwahlen unterstreichen eine Auffälligkeit des Kyffhäuserkreises im Vergleich zu Gesamtthüringen: Im Freistaat verdeutlichte sich in den Kommunalwahlen 2024 die Repräsentationskrise der Regierungsparteien in Bund und Ländern (Kamuf und Helmert 2024a). Im Kyffhäuserkreis zeigte sich jedoch die SPD, die 2024 sowohl in der Bundes- als auch Landesregierung saß, entgegen dem Landestrend vergleichsweise stark. Das drückte sich nicht nur in der Wiederwahl Antje Hochwind-Schneiders aus, sondern auch in einem überdurchschnittlichen Stimmenanteil für die SPD bei den Kreistagswahlen (24,3 % im Vergleich zu 11,6 % im Landesergebnis). Auch in den Stadträten bestätigt sich diese Tendenz: Insbesondere in Bad Frankenhausen (33,8 %) sowie in Greußen (26,5 %) und in Roßleben-Wiehle (22,6 %) lag die SPD bei den Gemeinderatswahlen 2024 sehr weit über dem Thüringer Durchschnitt (7,8 %). Diese hohen Ergebnisse sind jedoch nicht Ausdruck einer generell hohen Bindung zur SPD, wie die geringeren Stimmenanteile bei den Landtagswahlen (vgl. Kapitel 3.3.3) und den Europawahlen (vgl. Kapitel 3.3.1) zeigen.

Eine weitere Besonderheit im Kyffhäuserkreis stellt die rechtsextreme Partei „Die Heimat“ dar, die entgegen dem allgemeinen Bedeutungsverlust (vgl. Kamuf und Helmert 2024a) im Kyffhäuserkreis Erfolge erzielen konnte und ihre Mandate im Stadtrat von Artern (1 Sitz; 5,8 %), Sondershausen (2 Sitze; 5,7 %) und Ebeleben (1 Sitz; 8,7 %) verteidigen konnte.

Ganz im Landestrend liegt der Kyffhäuserkreis beim Bedeutungsgewinn für Wählervereinigungen. Zwar verloren im Kreistag die Freien Wähler/unabhängige Liste (FWuL) ein Mandat, in den Gemeinderäten zeigt sich jedoch der Bedeutungsgewinn (vgl. Kamuf und Helmert 2024c). So stellt beispielsweise in Sondershausen die „Volksvertretung Sondershausen“ (VS,

früher „Volkssolidarität“) die stärkste Fraktion mit 23,4 % Stimmenanteil und 7 Sitzen, in Bad Frankenhausen gibt es mit der Bürgervereinigung „Gemeinsam für Bad Frankenhausen“ (GfBF: 25,3 % und 6 Sitze) und „Pro Frankenhausen“ (ProF: 17,6 % und 4 Sitze) zwei einflussreiche Wählervereinigungen, wie auch in Artern mit den „Parteiunabhängigen Bürgern“ (PUB; 37,5 % und 7 Sitze) und „Frauen/Sport“ (F/S: 7,8 % und 2 Sitze). Die Entwicklung zum Bedeutungsgewinn für Wählervereinigungen wird in den Interviews zum Teil auch negativ bewertet:

„Ich sehe es, wie gesagt [...] ein bisschen schwierig, wenn es nur noch so Vereinigungen gibt. Ich bin gespannt, wie das wird bei ganz großen Themen. Das macht mir ein bisschen mehr Sorgen.“ (Interview 4)

Diese überregionale Entwicklung, die vor allem in Ostdeutschland festzustellen ist, ist demokratiethoretisch ambivalent zu betrachten. Beispielsweise fällt die Vermittlung und die Anbindung der unterschiedlichen politischen Ebenen (Kommunal-, Landes- und Bundespolitik) schwerer, wenn die Themen und Interessen nicht innerhalb einer Partei weitergegeben werden können. Daneben fällt der Außenblick auf die Kommunalpolitik schwerer, da die politischen Positionen bzw. Programme der Wählervereinigungen ohne spezifische „Ortskenntnis“ oft nicht im gleichen Maße transparent sind, wie es bei Parteien möglich ist. Gleichzeitig bietet die Entwicklung jedoch auch Chancen. So sind Wählervereinigungen vor Ort verankert und liefern ein politisches Angebot jenseits der im Landtag und im Bundestag vertretenen Parteien. Dadurch kann auch das Vertrauen in die demokratische Verfasstheit insgesamt steigen. Zentral dafür wird in Zukunft sein, inwieweit die Vermittlung zwischen den politischen Ebenen auf die geänderte Entwicklung angepasst wird (ausführlich zur Debatte: Mau 2024).

3.3.3 Landtagswahlen

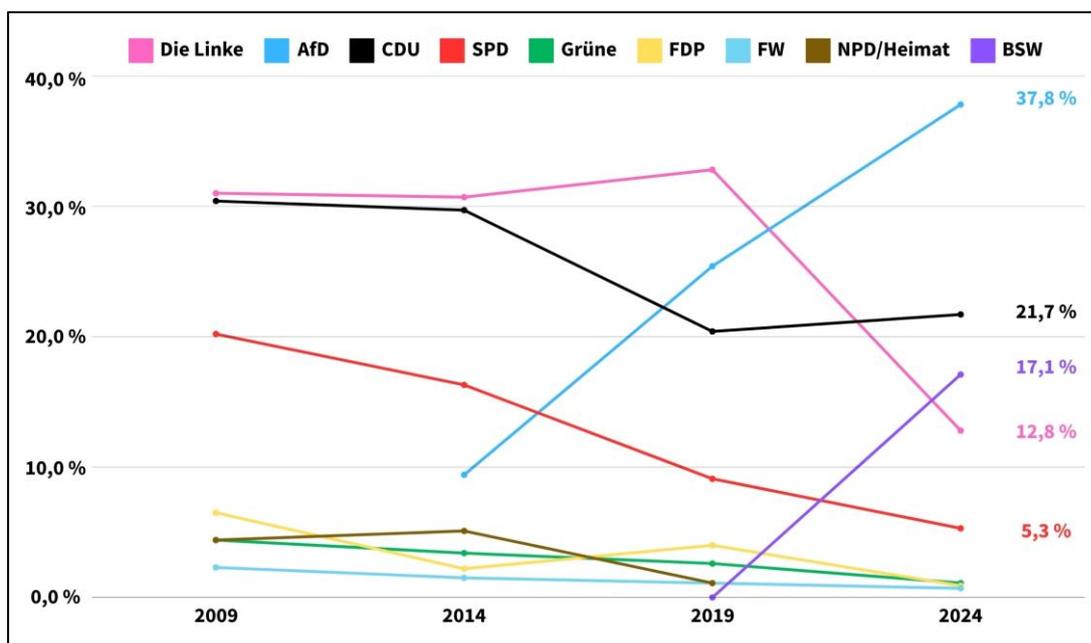


Abbildung 4: Stimmenanteile im Kyffhäuserkreis bei Landtagswahlen (Zeitverlauf 2009–2024, Parteien mit über 1,0 % Stimmenanteilen), eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c, 2019, 2014, 2009).

Wie auch in Gesamthüringen wurde die AfD bei der Landtagswahl 2024 die stärkste Partei im Kyffhäuserkreis. Sie erhielt 37,8 % der Stimmen und damit sogar 5 Prozentpunkte mehr als im Gesamtergebnis Thüringens (32,8 %). Bei der letzten Landtagswahl 2019 wählten noch 25,4 % der Stimmberechtigten im Landkreis die AfD. In vier Gemeinden des Kyffhäuserkreises, alle mit jeweils unter 250 Wahlberechtigten, erreichte die AfD über 50 % der Landesstimmen. Nur in einer Gemeinde des Landkreises war der Stimmenanteil für die AfD bei den Zweitstimmen geringer als im Landesdurchschnitt. Die CDU erreichte als zweitstärkste Partei 21,7 % im Kyffhäuserkreis und damit etwas weniger als im Landesergebnis (23,6 %), aber etwas mehr als bei der letzten Landtagswahl im Kyffhäuserkreis (2019: 20,4 %). Für das erstmals für das Landesparlament angetretene BSW stimmten 17,1 % der Wähler*innen im Kyffhäuserkreis (Thüringen: 15,8 %). Die früheren Thüringer Regierungsparteien von Rot-Rot-Grün verzeichneten im Kreis wie auch in Gesamthüringen z. T. deutliche Verluste: Die Linke erreichte 12,8 % im Kreis (2019: 32,8 %), die SPD 5,3 % (2019: 9,1 %), und die Grünen kamen auf 1,1 % (2019: 2,6 %). Ebenfalls Stimmverluste im Vergleich zur letzten Landtagswahl gab es für die FDP, die im Kreis 0,9 % der Landesstimmen erhielt (2019: 4,0 %). Die WerteUnion, die im Mai noch aktiv bei einer Kundgebung der rechtsextremen Partei „Die Heimat“ auftrat (vgl. Kapitel 4), wurde nur von 106 Wähler*innen (0,3 %) im Kyffhäuserkreis gewählt.

2019 wählte der Kyffhäuserkreis im Wahlkreis 10 noch zusammen mit einem kleinen Gebiet des Eichsfeld, das bei der Landtagswahl 2024 nicht mehr dem Wahlkreis 10 zugeordnet war. Damals zog Stefan Schard von der CDU mit 34,4 % vor dem zweitplatzierten Ralf Köhler von der AfD (23,1 %) in den Thüringer Landtag ein. 2024 erhielt das Direktmandat mit 42 % wieder Stefan Schard von der CDU vor Robert Teske von der AfD mit 36,6 %. Für den Wahlkreis 11, Kyffhäuser II, zog Jens Cotta (vgl. Kapitel 4.1.1) von der AfD mit 46,5 % vor Johannes Stelle, dem Kandidaten der CDU (26,0 %), in das Landesparlament ein. Cotta hatte bereits bei der Landtagswahl 2019 das Mandat mit 29,2 % der Wahlkreisstimmen erhalten.

Die Wahlergebnisse 2024 im Kyffhäuserkreis zeigen ebenso wie die politischen Einstellungsmuster (vgl. Kapitel 3.2) ein hohes demokratiegefährdendes Potenzial im Landkreis auf. Die rechtsextreme und antidemokratische AfD erhielt hohe Zustimmungswerte und deutliche Gewinne im Vergleich zu vorherigen Wahlen, sie lagen insbesondere bei der Europawahl und der Landtagswahl deutlich über der – ohnehin schon sehr hohen – Zustimmung in Thüringen. Auch die bundesweiten Skandale im Vorfeld der Europawahlen (vgl. Kamuf und Helmert 2024c, S. 9) haben der Partei augenscheinlich nicht geschadet.

4 SITUATION DES RECHTSEXTREMISMUS UND DES RECHTSPOPULISMUS

Zur Situation des Rechtsextremismus im Kyffhäuserkreis ist – jenseits von elektoralen Erfolgen (vgl. Kapitel 3.3) – im Verhältnis zu anderen Regionen Thüringens verhältnismäßig weniger bekannt. Hier machten Interviewteilnehmende eine Entwicklung in den vergangenen Jahren aus:

„Zum Thema Rechtsextremismus. Also für mich war das früher ein Stück weit viel offener. Zumindest die Präsenz war offener. Also man hat sie mehr wahrgenommen, im öffentlichen Raum mehr wahrgenommen. Man hat sich dadurch auch mehr informiert [...] gefühlt, was sie da so treiben und machen, und das ist so ein bisschen gekippt. Also das ist alles so ein Stück weit in die Versenkung geraten.“ (Interview 2)

Dies spricht einerseits für die veränderte Form der rechtsextremen Agitation und gleichzeitig für fehlende prodemokratische Strukturen, die über rechtsextreme Netzwerke und ihre Aktivitäten aufklären. Gleichwohl gibt es im Landkreis rechtsextreme Strukturen und Akteur*innen, die auch aktiv und offensiv auftreten. Exemplarisch und eindrücklich zeigte sich dies am 1. Mai 2024 auf dem Marktplatz in Sondershausen (vgl. Kapitel 4.2.2). Die rechtsextreme Partei „Die Heimat“ veranstaltete gemeinsam mit dem informellen rechtsextremen Netzwerk „Freies Thüringen“ eine Kundgebung, an der laut Polizei rund 220 Menschen teilnahmen (Hellmann 2024b). Neben den vorgenannten Organisationen waren auch die rechtspopulistische Kleinstpartei WerteUnion und die rechtsextreme Thüringer AfD mit einem Wahlkampfstand vor Ort, an dem u. a. der AfD-Landratskandidat Andreas Hartung-Schettler teilnahm (ebd.). Der Geraer Neonazi Christian Klar¹³ hielt eine Rede. Thorsten Heise, militanter Neonazi und „Die Heimat“-Funktionär, nahm auch an der Veranstaltung teil. Die Zusammenarbeit auf der rechtsextremen Kundgebung zeige laut Interviewteilnehmenden, „[d]a ist in direktester Art und Weise zusammengewachsen, was zusammengehört“ (Interview 8). Auch in anderen Interviews wird geschildert, dass es im Landkreis Kooperationen zwischen verschiedenen rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur*innen gebe. Im Landtagswahlkampf zeigte sich das auch in der Wahlempfehlung Patrick Webers („Die Heimat“) für die AfD und ihre Wahlkreiskandidaten (vgl. Kapitel 4.1.1). Im Folgenden werden die zentralen rechtsextremen und populistischen Strukturen im Kyffhäuserkreis skizziert.

¹³ Christian Klar wurde auf dem Bundesparteitag im November 2024 Teil des Bundesvorstands der Partei „Die Heimat“ (Die Heimat Deutschland 2024).

4.1 FORMALE STRUKTUREN DES RECHTSEXTREMISMUS

4.1.1 Alternative für Deutschland (AfD)

*„Der Kyffhäuserkreis ist quasi keine Ausnahme von dem, was sich in Thüringen in Gänze widerspiegelt, hinsichtlich der Affinität, die AfD zu wählen, für sie anzutreten und sich mit einzureihen.“
(Interview 8)*

Die Thüringer AfD hat sich in den letzten Jahren nicht nur zur zentralen Partei des rechtsextremen Spektrums in Thüringen entwickelt, sondern stellt nach einer „massiven rechtsextremen Landnahme“ (Kamuf und Helmert 2024b) im Superwahljahr 2024 mittlerweile die mit Abstand stärkste Fraktion im Thüringer Landtag (vgl. Kapitel 3.3.3) und hält dort die Sperrminorität¹⁴. Auch im Kreistag des Kyffhäuserkreises stellt sie seit 2024 die stärkste Fraktion, ist aber auch über die Lokalparlamente hinaus mit dem Landkreis verbunden: Von 2015 bis 2017 veranstaltete der inzwischen formal aufgelöste „Der Flügel“, eine Parteigliederung um den AfD-Vorsitzenden Björn Höcke, die sehr früh mit besonders radikalen Positionen in der Partei auffiel, die sogenannten „Kyffhäusertreffen“ am Kyffhäuserdenkmal (vgl. Gilfert 2022).

Die Agitation der AfD im Landkreis selbst wird von Interviewten ambivalent beschrieben. Erstmals trat die AfD zur Kreistagswahl 2019 an und zog direkt in den Kreistag ein. Dort ist sie jedoch eher zurückhaltend wahrgenommen worden:

„du hast halt gemerkt, dass die [Mitglieder der AfD-Fraktion] von Politik gar keine Ahnung haben. Also die haben sich nicht damit beschäftigt, haben aber zumindest mal nachgefragt [...]“ (Interview 6)

„Aber es war immer reaktiv. Das war auch nie irgendwie mit einem Inhalt sozusagen untersetzt. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob das taktisch so ist oder ob die auch alleine gelassen werden. Einfach macht mal da vor Ort, macht ein bisschen Stimmung und dann läuft das schon [...]“ (Interview 6)

„Wobei ich sagen muss, dass die sich im Kyffhäuserkreis relativ verhalten zeigen, also wenig aggressiv.“ (Interview 1)

„Ich glaube, das ist das Konzept von denen. Ich denke eher, dass die möglichst nicht mehr als Krawallpartei auftreten wollen. Also jedenfalls nicht auf kommunaler Ebene. Das ist meine Wahrnehmung, dass bei uns, das ist dieser Jens Cotta, der ist auch Landtagsmitglied, der dann im Kreistag seine Reden hält. Ansonsten in den Ausschüssen ist er relativ moderat, da passiert auch nicht viel, auch wenig aggressiv.“ (Interview 1)

Ob sich dies auch in der kommenden Legislaturperiode fortsetzen wird, ist schwer abzusehen, vor allem vor dem Hintergrund, dass die AfD-Fraktion ihren Einfluss vor allem im Kreistag, der insgesamt 40 Sitze umfasst, mit 13 Sitzen gesteigert hat. Zudem fällt mit Blick auf die gewählten Abgeordneten der AfD im Kreistag auf, dass bis auf die beiden Hauptprotagonisten im Landkreis, Jens Cotta (MdL) und Andreas Hartung-Schettler (Landratskandidat 2024), keine weiteren Abgeordneten der alten AfD-Fraktion erneut in den Kreistag

¹⁴ Zu den Auswirkungen dieser Sperrminorität siehe Beck et al. 2024.

eingezogen sind. Dies wird von einer der interviewten Personen als bewusste Strategie beschrieben:

„So, und die zwei sozusagen müssen wohl komplett aufgeräumt haben, die komplette Liste. Es sind alles neue Leute, die auch kaum jemand kennt hier. [...] Also ich glaube, die haben auch gezielt geguckt [...] da ist zum Beispiel jemand der einen privaten Pflegedienst hat, ein Handwerker dabei. Also die wollen, so meine Wahrnehmung, das normale Volk präsentieren und repräsentieren. Da ist sozusagen das Konzept dahinter. Aber in der Vergangenheit waren eben welche dabei, die auch mal moderatere Töne angesprochen haben, die dann aber relativ schnell verschwunden sind.“ (Interview 1)

Neben dem Landratskandidaten Andreas Hartung-Schettler ist Jens Cotta eine weitere prägende Personalie der Kyffhäuser AfD. Der gebürtige Bad Frankenhauser ist seit 2019 Mitglied des Thüringer Landtags, war stellvertretender Fraktionsvorsitzender, konnte 2024 sein Direktmandat im Wahlkreis Kyffhäuserkreis II verteidigen und ist nun stellvertretender parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion (vgl. Kapitel 3.3.3).

Auch die Einbindung der AfD-Fraktionen durch andere Lokalpolitiker*innen in den einzelnen kommunalen Parlamenten wird von Interviewten als ambivalent beschrieben. Während einige Fraktionen die Zusammenarbeit mit der AfD strikt ablehnten, würden andere teilweise kooperieren: „Das sind die klassischen Unternehmer, die hier zusammensitzen. Da spielt es auch keine Rolle, welche Partei die haben“ (Interview 1). Besonders wird dies im Stadtrat in Sondershausen wahrgenommen. Ein Beispiel für entsprechende Kooperationen war die Wahl von Andreas Hartung-Schettler (AfD) zum zweiten Beigeordneten der Stadt Sondershausen 2024. Hartung-Schettler war mit 17 Stimmen gewählt worden, die AfD hat sechs Mandate im Stadtrat. Damit ist Hartung-Schettler wesentlich mit Stimmen der anderen Fraktionen gewählt worden (Thüringer Allgemeine 2024c). Die fehlende „Brandmauer“ zur AfD wird auch von einer interviewten Person wahrgenommen:

„Die [eine Fraktion im Sondershausener Stadtrat] hat beispielsweise überhaupt keine Hemmungen, mit AfD-Kandidierenden oder AfD-Mandatsträgern auf Fotos zu stehen, mit denen bei Facebook befreundet zu sein, ähnliche Statements zu veröffentlichen oder zu teilen.“ (Interview 7)

Von einer interviewten Person wird seit 2020 eine gesteigerte Zustimmung zu Positionen der AfD wahrgenommen. Als ein Grund dafür wird nicht vordergründig das Agieren in der Kommunalpolitik gesehen, sondern vor allem ihre Präsenz im „vopolitischen Raum“, was einer gezielten Strategie der AfD entspricht (vgl. Dietze 2024):

„Das kriegen die richtig gut hin, also alle zwei, drei, vier Monate dort in einem großen Saal dort die Prominenz aufzufahren. Die haben dann ihre Security dort, die sortieren aus [...] die kennen die Leute, die kennen die Medien und so weiter. [...] Und dort werden natürlich dann wiederum die berühmt-berühmten Themen gesetzt, und die werden dann wieder weitergetragen. Aber mit Kommunalpolitik hat das wenig zu tun.“ (Interview 6)

Der hohe Gewinn bei den Wahlen 2024 wird daneben mit der erfolgreichen Ansprache Jugendlicher und der „Ostidentität“ durch die AfD¹⁵ in Verbindung gebracht:

„Die [AfD] hatten ein cooles Plakat mit einer Sonnenbrille, dem Slogan ‚Der Osten macht’s‘, sind mit der Simson entlanggefahren. Dort, wo wir das Gymnasium und jeden Morgen 30 Mopeds vor

¹⁵ Zur überregionalen Wahlkampfstrategie der AfD im Landtagswahlkampf Thüringen 2024 siehe Fielitz et al. 2024.

der Schule stehen haben. Dann kommen die mit einem Moped den Anger hochgefahren, und natürlich denken dann alle Schüler*innen, dass die cool sind. Sie haben keine Ahnung, aber die denken das, weil das diese Außenwirkung hat.“ (Fokusgruppe)

Zu den größeren Veranstaltungen der Partei im Vorfeld der Wahlen 2024 gehörte neben einem Bürgerdialog am 13. Mai 2024 in Sondershausen (Thüringer Allgemeine 2024b) auch eine Wahlkampfveranstaltung am 25. August 2024 auf dem Marktplatz in Bad Frankenhausen (Salzmann 2024c). Polizeiangaben zufolge nahmen rund 500 Menschen an der AfD-Veranstaltung im August teil, auf der der AfD-Vorsitzende und Spitzenkandidat Björn Höcke sprach – darunter auch die kommunalen Amtsträger der Partei „Die Heimat“: Patrick Weber aus Sondershausen und Christian Bräter aus Artern (ebd.). Patrick Weber hatte im August 2024 auf seinem Facebook-Account zur Wahl der AfD und ihrer Direktkandidaten für den Landtag aufgerufen und während der Wahlkampfphase für deren Veranstaltungen mobilisiert. Weitere Teilnehmer*innen trugen Shirts der rechtsextremen Kleinpartei „III. Weg“ (ebd.). Auf der Bühne instrumentalisierten die AfD-Kandidaten den Gewaltakt auf dem Solinger Volksfest, der nur wenige Tage im Vorfeld stattgefunden hatte: Man habe bei der Landtagswahl die Wahl zwischen AfD und Solingen (ebd.). Der Wahlkampf wurde anhand populistischer Spaltungslinien betrieben, es war die Rede von „Kartellparteien“, „gekauften Journalisten“ und „gleichgeschalteter“ Berichterstattung (ebd.). Am Gegenprotest, der wenige Hundert Meter entfernt unter dem Motto „Nie wieder ist jetzt“ abgehalten wurde, nahmen nach Polizeiangaben rund 280 Menschen teil, darunter auch der Bürgermeister von Bad Frankenhausen, Matthias Strejc (SPD) (ebd.).

4.1.2 „Die Heimat“ (früher Nationaldemokratische Partei Deutschland – NPD)

Die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) war in den 2000er-Jahren die zentrale rechtsextreme Partei in Deutschland und konnte in einige Landtage einziehen. 2023 hat sie sich in „Die Heimat“ umbenannt, was jedoch ihren enormen personellen und elektoralen Bedeutungsverlust nicht bremsen konnte, der mit dem Bedeutungszuwachs der AfD begann. „Die Heimat“ wird vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Gänze als rechtsextrem (BMI 2024) und vom Bundesverfassungsgericht als dezidiert verfassungsfeindlich eingeordnet (BVerfGE 2017, 2024). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Januar 2024 bezieht sich konkret darauf, dass die Partei für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Finanzierung ausgeschlossen ist (BVerfGE 2024).

Auch bei der Kommunalwahl 2024 in Thüringen manifestierte sich ihr Bedeutungsverlust – mit wenigen Ausnahmen. Eine davon ist der Kyffhäuserkreis (vgl. Kapitel 3.3.2). Die Interviewpartner*innen bringen die relativen Erfolge der Partei „Die Heimat“ im Kyffhäuserkreis vor allem mit der prägenden Personalie Patrick Weber in Verbindung, der seit 2009 im Kreistag und im Sondershausener Stadtrat sitzt. Der frühere NPD-Landesvorsitzende in Thüringen und jetzige „Die Heimat“-Kreisvorsitzende im Kyffhäuserkreis betreibt seit 2005 in Sondershausen ein rechtsextremes Versandgewerbe (MOBIT 2022b). Weber ist laut Interviewpartner*innen „sehr gut vernetzt“ (Interview 7), was auch die Kundgebung am 1.

Mai 2024 belegt, an deren Organisation er beteiligt war und an der AfD, WerteUnion und „Freie Thüringer“ aktiv teilnahmen (Hellmann 2024b).

Seit 2023 sind auch die Jungen Nationalisten, die Jugendorganisation der Partei „Die Heimat“, in Thüringen wieder aktiver, wobei ihnen daran liege, „nationale Freiräume für junge Nationalisten“ zu schaffen (MOBIT 2023), und sie auf ihrer Website berichteten, dass sie 2023 ihre „Struktur im Kyffhäuserkreis ausbauen“ konnten (Junge Nationalisten 2023). Wie diese Strukturen derzeit aufgestellt sind, konnten die Interviewpartner*innen nicht näher erläutern, was wiederum für fehlende prodemokratische Strukturen im Kyffhäuserkreis spricht, die über rechtsextreme Netzwerke und ihre Aktivitäten aufklären.

4.2 INFORMELLE STRUKTUREN DER EXTREMEN RECHTEN

4.2.1 Rechtsextreme Strukturen

Obgleich keine gefestigten informellen rechtsextremen Gruppierungen aus dem Kyffhäuserkreis bekannt sind, sind jedoch Einzelpersonen Teil derartiger Strukturen, die auch über die Landkreisgrenzen hinausgehen. Auffällig ist, dass jene Einzelpersonen dem rechtsextremen Unternehmertum zugeordnet werden können und ihre Position in den Netzwerken auch in Teilen durch ihr unternehmerisches Handeln geprägt ist. So sind im Kyffhäuserkreis mehrere Versand- und Musikgewerbe der extremen Rechten ansässig, die auf zwei Personen zurückzuführen sind. Zum einen betreibt Patrick Weber („Die Heimat“, siehe Kapitel 4.1.2) den „Germania Versand“, der als Label rechtsextreme Musik veröffentlicht und als Versandhandel Devotionalien anbietet (MOBIT 2022b). Die Beratungsstelle MOBIT bezeichnet ihn als „professionellen Multifunktionär“ (ebd.), weil er u. a. in der Vergangenheit auch Konzerte und Großveranstaltungen organisierte. Er erwarb 2015 die Gaststätte „Felsenkeller“ (Hellmann 2015), in der heute ein Partyservice sitzt, und ist Teil der Geschäftsführung eines in Sondershausen ansässigen Umzugs- und Transportunternehmens (Müller und Götz 2024). Beide Gewerbe sind anhand ihres öffentlichen Auftritts nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen.

Zum anderen zog Nils Budig in den Landkreis und führt dort nun mehrere Versandhandel für extrem rechte Musik und die Zeitschrift „Frontmagazin“, die unter dem Firmenamen „Küsten-Textil UG“ laufen (der rechte rand 2024; MOBIT 2022b). Nils Budig ist Recherchen zufolge dem bundesweiten Hammerskin¹⁶-Umfeld zuzuordnen und gilt als Vermögensverwalter der Gruppierung im Rechtsrock-Bereich (der rechte rand 2024). Auch innerhalb Thüringens ist Budig vernetzt – er war an der Organisation eines Rechtsrock-Konzerts in Eisenach beteiligt und steht in Verbindung mit der dort ansässigen rechtsextremen

¹⁶ Die Hammerskins sind ein in den 1980er-Jahren in den USA gegründetes Neonazi-Netzwerk, das auch in mehreren europäischen Ländern aktiv ist (Bundeszentrale für politische Bildung 2021). Die deutsche „Hammerskin-Division“ besteht seit 1991 und wurde 2023 verbunden mit bundesweiten Razzien zusammen mit ihrer Unterstützerguppe „Crew 38“ verboten (ebd.). Die Hammerskins verstehen sich selbst als militante Elite und gelten in Deutschland als gewaltorientiert – Anhänger*innen können Straftaten und Gewaltdelikte sowie illegaler Waffenbesitz zugeschrieben werden (ebd.). Sie sind vor allem in der rechtsextremen Musikszene über Musiklabel sowie Musikveranstaltungen aktiv (ebd.).

Gruppierung „Knockout51“ deren Mitglieder seit 2022 wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsextremen kriminellen Vereinigung in Teilen in Haft und vor Gericht sitzen (Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof 2022).

4.2.2 Kundgebung am 1. Mai 2024 in Sondershausen

Am 1. Mai 2024 fand eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Sondershausen statt, zu der „Die Heimat“ und das rechtsextreme Netzwerk „Freies Thüringen“ aufgerufen hatten. Die Kundgebung wurde als „zentrale Kundgebung“ vom Netzwerk „Freies Thüringen“ und „Tag des Widerstandes“ beworben (Freies Thüringen 2024). Ein geplanter „Spaziergang“ wurde behördlich untersagt (Hellmann 2024b). Letztlich nahmen rund 220 Menschen an der Versammlung teil, auf der es neben mehreren Infoständen auch eine Podiumsdiskussion und eine Kinderhüpfburg gab. Auf der Bühne war ein Banner mit der Forderung „Weg mit der Regierung!“ angebracht, darüber stand „Den Wirtschaftskrieg gegen das eigene Volk werdet ihr verlieren“ (Kemp 2024). Mehrere Teilnehmende trugen T-Shirts oder Plakate mit Bildern, die Politiker*innen in Häftlingskleidung mit dem Zusatz „schuldig“ zeigten (ebd.).

Die Polizei vermeldete Strafanzeigen, die im Rahmen der Versammlung gestellt wurden: Bei der Überprüfung seiner Personalien, die aufgrund vorheriger Beleidigung stattgefunden hatte, hatte ein Ordner Widerstand geleistet und dabei zwei Polizeibeamte verletzt (Hellmann 2024b; Landespolizeidirektion Thüringen 2024). Zudem hatte ein Redner Inhalte verwendet, die wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger und terroristischer Organisationen strafbar sein könnten (Landespolizeidirektion Thüringen 2024).

Die Kundgebung ist von besonderer Bedeutung, da nicht nur rechtsextreme Parteien wie „Die Heimat“ und die AfD mit einem Informationsstand vor Ort waren, sondern auch die WerteUnion, die sich im Frühjahr 2024 von der CDU abgespalten hatte und deren Parteivorsitzender, Hans-Georg Maaßen, aufgrund seines früheren Amtes als Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz besondere Bekanntheit besitzt (Deutschlandfunk 2024). Sowohl Peter Roskothen als Vertreter der WerteUnion als auch der „Reichsbürger“ Frank Haußner¹⁷ und Patrick Weber sind Teil der Podiumsdiskussion gewesen (Kemp 2024). Vor Ort war zudem der bundesweit bekannte Rechtsextremist Thorsten Heise, Mitglied des Bundesvorstands von der Partei „Die Heimat“, aus dem benachbarten Eichsfeld (ebd.). Der Geraer Neonazi Christian Klar¹⁸ hielt eine Rede (ebd.).

Ogleich nicht abschließend geklärt werden kann, warum Sondershausen der Austragungsort dieser Zusammenkunft der extremen und populistischen Rechten in Thüringen wurde,

¹⁷ Frank Haußner ist Dachdecker aus Zeulenroda (Landkreis Greiz) und in Thüringen aktiver „Reichsbürger“ und Redner bei „Montagsdemonstrationen“, überwiegend in Ostthüringen (Kendzia et al. 2024). Er pflegt Kontakte zum AfD-Landeschef Björn Höcke und erlangte zuletzt bundesweite Aufmerksamkeit, da er Teil einer geheimen „Reichsbürger“-Gruppe rund um den im Dezember verhafteten Heinrich Prinz Reuß gewesen sein soll (ebd.). Er hatte nach dessen Verhaftung eine Art „Solidaritätskundgebung“ veranstaltet (ebd.).

¹⁸ Christian Klar wurde auf dem Bundesparteitag im November 2024 Teil des Bundesvorstandes der Partei „Die Heimat“ (Die Heimat Deutschland 2024.).

ist anzunehmen, dass die Kontinuität der lokalen Aktivitäten von „Sondershausen geht spazieren“ (vgl. Kapitel 4.3) vor allem durch Patrick Weber als Akteur als auch eine überregionale Vernetzung mit „Freies Thüringen“ eine Rolle spielten. Zum Gegenprotest, der einige Hundert Meter entfernt stattfand, versammelten sich rund 170 Personen, darunter auch Abgeordnete des Thüringer Landtags (Hellmann 2024b).

4.2.3 Sogenannte „Reichsbürger*innen“

Bundesweite Aufmerksamkeit hatte die deutsche „Reichsbürger“-Szene im Dezember 2022 im Zuge der Hausdurchsuchungen bei der „Gruppe Reuß“ rund um Heinrich XIII. Prinz Reuß erhalten, der auch eine Immobilie in Ostthüringen besitzt (Hemmerling et al. 2022). Befragte bestätigen in den Interviews, dass auch im Kyffhäuserkreis einzelne „Reichsbürger*innen“ lebten (Interview 1, 8):

„Ähnlich wie in anderen Landkreisen gibt es auch Menschen im Kyffhäuserkreis, die sich in der ‚Reichsbürger‘-Ideologie heimisch fühlen. Man kann nicht davon sprechen, dass es eine herausragende Gruppierung gibt. Es sind vereinzelte Aktivitäten, die wir mitbekommen.“ (Interview 8)

Zu jenen einzelnen Aktivitäten zählt ein länger zurückliegendes Treffen in der Gemeinde Lutter: 2016 hatten sich dort rund 50 „Reichsbürger*innen“ versammelt, um das „Königreich Sondershausen“ auszurufen (dpa 2016). In der jüngeren Vergangenheit war in Messengerdiensten für eine Informationsveranstaltung des „Verbandes Deutscher Wahlkommissionen“¹⁹ im Ort Helbedündorf geworben worden (Thüringer Allgemeine 2024a).

Auch im Kyffhäuserkreis hatte es in der Vergangenheit mehrere Hausdurchsuchungen bei mutmaßlichen „Reichsbürger*innen“ gegeben, die zum Teil sehr große Waffenbestände der betreffenden Personen offenbarten: Im Mai 2018 fand die Polizei 50 Schusswaffen und zahlreiche Munitionen im Wohnhaus eines 48-Jährigen (dpa 2018), wenige Monate später wurden erneut in Sondershausen Waffen gefunden (Hellmann 2018), und auch 2020 stieß die Polizei auf einen Revolver und Munition bei einem 55-jährigen Mann, dem vorgeworfen wurde, im Vorfeld seinen Vermieter und dessen Begleitung mit der Waffe bedroht zu haben (dpa 2020b).

Interviewte berichten, dass sich auch „Reichsbürger*innen“ an den Protesten beteiligten, die während der Coronapandemie begonnen hatten und unter dem Namen „Montagsspaziergänge“ bekannt wurden (Interview 8).

¹⁹ Wahlkommissionen werden unter „Reichsbürger*innen“ gebildet, weil deren Auffassung nach das Wilhelminische Kaiserreich von 1871 und dessen Verfassung fortbestehe, die Bundesrepublik Deutschland nicht als Staat existiere und in eigenen Wahlen Strukturen zur Behebung dieses „Notstands“ ernannt werden sollen (Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2024).

4.3 POPULISTISCH-HETEROGENES PROTESTMILIEU

Seit Beginn der Coronapandemie finden bundesweit Demonstrationen statt, die sich unter dem Namen „Montagsdemonstrationen“ zunächst vorrangig gegen die Regierungsmaßnahmen zur Eindämmung der Pandemie richteten und den Charakter einer Protestbewegung annahmen (Deutschlandfunk 2020). Die ersten Versammlungen dieser Art im Kyffhäuserkreis fanden im Mai 2020 in Bad Frankenhausen statt und gehörten zum Teil zu den größten in Thüringen (dpa 2020a). Angaben des Thüringer Landtags zufolge verstetigte sich der Protest zu Beginn der Pandemie im Kyffhäuserkreis zunächst nicht – anders als in anderen Regionen Thüringens (Thüringer Landtag 2022). Erst ab 2021 fanden regelmäßig sogenannte „Hygienespaziergänge“ vor allem in Sondershausen statt (ebd.). Ab November 2021 zogen auch in Artern und Bad Frankenhausen regelmäßig bis zu 200 Teilnehmende in Form von unangemeldeten „Corona-Spaziergängen“ durch die Städte (Thüringer Landtag 2022).

Insbesondere ab 2022 wechselte in Thüringen wie auch in der gesamten Bundesrepublik der inhaltliche Schwerpunkt der Proteste und diese wurden überwiegend themenoffen (vgl. Kamuf et al. 2024; Freund-Möller et al. 2023). Freund-Möller et al. (2023) sprechen von einer „Transformation der Mobilisierungsgründe“, in der sich Kritik an den Pandemiemaßnahmen zu einem allgemeinen Protest gegen die Bundesregierung entwickelt habe. Im Kyffhäuserkreis fanden die entsprechenden Versammlungen nunmehr unter dem Motto „Frieden, Freiheit, Souveränität“ und als „Proteste gegen die aktuelle Politik“ statt und brachten regelmäßig rund 500 Menschen auf die Straße (Thüringer Landtag 2022). Auch eine interviewte Person betonte die Versteigerung des Protestes bei gleichzeitiger Themenvarianz:

„Es gibt nach wie vor einen harten, radikalisierten Kern, die auch immer wieder neue Themen finden.“ (Interview 8)

Die Proteste blieben im Landkreis – wie auch in vielen anderen Regionen Thüringens – mit wenigen Ausnahmen überwiegend unangemeldet (Thüringer Landtag 2022). Für das dargestellte, bundesweit verbreitete Protestmilieu gibt es bisher keinen festen Begriff in Wissenschaft und Medien. Wir bezeichnen dieses daher hier als *populistisch-heterogenes Protestmilieu*.

Auch wenn die „populistisch-heterogenen Proteste“ nicht als explizit rechtsextreme Demonstrationen gewertet werden können, so weisen sie durchaus personelle und inhaltliche Verflechtungen mit der rechtsextremen Szene auf. Dies belegen auch Untersuchungen von Koch et al. (2023) im Rahmen der Topografie des Rechtsextremismus und von Freund-Möller et al. (2023), die eine Befragung unter Teilnehmenden von Montagsdemonstrationen in Thüringen durchführten. Auch in den Interviews berichteten Befragte davon, dass auf den „Montagsspaziergängen“ im Kyffhäuserkreis verschiedene Akteur*innen der extremen Rechten vor Ort und insbesondere im Fall von Patrick Weber in Sondershausen an der Organisation beteiligt waren und Reden hielten (Interview 2, 3 und 8; MOBIT 2023). Dies bestätigen auch die zahlreichen Videomitschnitte auf dem Facebook-Account „Sondershausen geht spazieren“.

Der Facebook-Account „Sondershausen geht spazieren“ bewirbt seit Januar 2023 die Kundgebungen und „Spaziergänge“, die bis heute immer noch regelmäßig montags stattfinden. Auf entsprechenden Bildern finden sich Forderungen wie „Weg mit der Regierung“ oder „Widerstand – jetzt“ sowie weiterhin der Slogan „Frieden, Freiheit, Selbstbestimmung“. Zudem wurde für einen „Schulterschluss mit Bauern und Unternehm-en“ geworben, als im Februar und März 2024 bundesweit sogenannte „Bauernproteste“ stattfanden.

Von Bedeutung ist „Sondershausen geht spazieren“ auch dadurch, dass Verflechtungen zwischen den „Montagsspaziergängen“ und der extremen Rechten deutlich werden: Der Account teilt regelmäßig Beiträge von Patrick Weber, aber auch von der Thüringer AfD, und er warb für die Wahl der AfD- und „Die Heimat“-Kandidat*innen im Zuge der Kommunal- und Landtagswahlen in Thüringen. Die Verbindungen reichen auch über den digitalen Raum hinaus. Als die AfD im Mai 2024 an einem Montag einen Bürger*innendialog in Sondershausen veranstaltete, verkürzten die Demonstrierenden ihre Versammlung, um diesen zu besuchen (Thüringer Allgemeine 2024b). Eine interviewte Person berichtet auch von einem Spaziergang in Bad Frankenhausen, an dem Björn Höcke teilgenommen hatte:

„weil der Höcke da mitgelaufen ist. Und die Leute sind hinterhergelaufen, [...] obwohl sie gesehen haben, dass der dabei war [...]. Selbst wenn ich, also das ist auch meine Meinung, selbst wenn ich da spazieren gehe, weil ich unzufrieden bin, ist ja legitim. Aber sobald der auftaucht, muss ich mich doch rumdrehen und nach Hause gehen.“ (Interview 4)

Wie beschrieben trat die Vermischung von rechten, rechtspopulistischen und rechtsextremen Akteur*innen und Strukturen auch sehr offenkundig bei der Kundgebung am 1. Mai 2024 in Sondershausen zutage (vgl. Kapitel 4.2.2).

An den Montagsdemonstrationen und dem gemeinsamen Auftreten in sozialen Medien wird deutlich, wie wenig Abgrenzung zwischen den einzelnen Strukturen besteht. Insbesondere für Sondershausen ist davon auszugehen, dass nicht nur Bezüge zwischen dem „heterogenpopulistischen Protestmilieu“ und rechtsextremen Akteur*innen vorliegen, sondern gar die Organisation der Proteste durch rechte extreme Kräfte stattfindet bzw. unterstützt wird (vgl. MOBIT 2023). Freund-Möller et al. (2023) machen deutlich, dass die extreme Rechte, aber auch „Reichsbürger*innen“ und „Selbstverwalter*innen“, das „populistisch-heterogene Protestmilieu“ in den letzten Jahren nutzten, um größere Öffentlichkeit für ihre Positionen zu erreichen und diese anschlussfähig zu machen. Freund-Möller et al. (2023) betonen, dass

„die Versammlungen auch dazu genutzt wurden, um untereinander Informationen auszutauschen und gezielt auf diejenigen Demonstrierenden zuzugehen, die noch nicht die Meinungen der reaktionären, konservativen und rechtsextremen Akteure teilen.“ (ebd., S. 8)

4.4 RECHTSEXTREME RÄUME UND RAUMNAHME

Auch wenn die Präsenz rechtsextremer Strukturen und Akteur*innen sich primär in den Mandatsplätzen in Kommunalparlamenten und bei der Teilnahme, Unterstützung oder Organisation der Montagsdemonstrationen zeigt, so wirkt sie auch darüber hinaus. Rechtsextreme Raumnahme findet nicht nur statt, wenn rechtsextreme Parteien wie die AfD

oder „Die Heimat“ insbesondere im Wahlkampf Informationsstände betreiben, Bürger*in-
nendialoge initiieren oder Feste veranstalten. Sie wird auch deutlich, wenn demokratische
Kräfte und Akteur*innen sowie marginalisierte Personengruppen auf Versammlungen oder
im Alltag Bedrohungen ausgesetzt sind oder, wenn rechtspopulistische Stimmen in den so-
zialen Medien dominieren. Darüber hinaus ist die Instrumentalisierung des Kyffhäuser-
denkmals durch rechtsextreme Kräfte eine Raumnahme, mit der sich der Kyffhäuserkreis
konfrontiert sieht. Im Folgenden werden die genannten Formen der rechtsextremen Raum-
nahme kurz dargelegt.

4.4.1 Kyffhäuser-Denkmal

Das im Landkreis befindliche und überregional bekannte Kyffhäuserdenkmal wurde in den
vergangenen Jahren von verschiedenen rechtsextremen Strukturen und Akteur*innen auf-
grund seiner Geschichtsträchtigkeit als Anlaufort und Bezugspunkt für die eigenen politi-
schen Inhalte genutzt und vereinnahmt:

„Dieser Klotz und der Mythos, der sich da darum bewegt, werden auch gerne genutzt, um die
eigene politische Arbeit aufzuwerten und wichtig zu machen.“ (Interview 8)

Von 2015 bis 2017 trafen sich Mitglieder der ehemaligen AfD-Parteigliederung „Der Flü-
gel“ zu von ihnen als „Kyffhäusertreffen“ bezeichneten Treffen, um sich „daran zu erinnern,
wer wir sind und wo wir herkommen“ (zitiert nach Gilfert 2022, S. 150). Besonders Björn Hö-
cke nutzt das Denkmal und den Mythos um Barbarossa häufig für seine politischen Zwecke,
sowohl in seinem Buch (Feldhaus 2019) als auch für Reden auf den besagten „Kyffhäuser-
treffen“, zuletzt ist das Denkmal auch in den ersten Sekunden des Films „Der lange
Anlauf“ über Björn Höcke zu sehen (YouTube 2024).

Aber nicht nur die AfD nutzt den Ort für ihre politische Selbstdarstellung, bei der häufig auch
eine bildliche Inszenierung von besonderer Relevanz ist:

„Dieses Denkmal wird durchaus auch von Gruppierungen genutzt, um sich dann damit abzulich-
ten oder auch aufzuladen.“ (Interview 8)

Im Juni 2018 hängten Akteur*innen der rechtsextremen „Identitären Bewegung“ ein Banner
mit der Aufschrift „Noch nie ward Deutschland überwunden, wenn es einig war“ und meh-
rere Logo-Fahnen an das Kyffhäuserdenkmal (Thüringer Landtag 2019; Gläser 2018).
Derartige öffentlichkeitswirksame Aktionen und insbesondere deren bildliche Verbreitung
auf Social Media gehören seit Beginn der Aktivitäten der rechtsextremen Gruppierung zur
Strategie der „Identitären Bewegung“ (Hentges et al. 2014). Verschiedene rechtsextreme
Parteigruppierungen veranstalteten in der Vergangenheit gemeinsame Fahrten zum Denk-
mal (MOBIT 2022a) und dokumentierten diese teilweise auch in den sozialen Medien, z. B.
die Junge Alternative Thüringen (Junge Alternative Thüringen 2021).

Gilfert (2022, S. 132) konstatiert anhand von Interviews mit Verantwortlichen des örtlichen
Landratsamts: „Die politische Vereinnahmung des Kyffhäusers durch die ‚Flügel‘-Treffen
der AfD wirkt weit über die situative Besetzung hinaus.“ Dies zeigt sich auch darin, dass in

bundesweiten Medienformaten über die Bezugnahme der extremen Rechten auf das Denkmal und dessen Vereinnahmung berichtet wurde (siehe z.B. Feldhaus 2019; Bernhard 2019). Weniger Eingang in die Berichterstattung erhielt das Engagement der Zivilgesellschaft, die zusammen mit dem Landratsamt erfolgreich gegen die Vereinnahmung aktiv wurde. Gilfert (2022) beschreibt, wie die Zivilgesellschaft mit Gegendemonstrationen, aber auch mit Sanktionierung der Gaststätte, in der die „Kyffhäusertreffen“ stattgefunden hatten, letztlich einen „Verdrängungswettbewerb“ vorläufig gewonnen habe, was eine erfolgreiche zivilgesellschaftliche Kampagne darstellt. Zudem gründete sich 2020 die Kyffhäuserstiftung zur Weiterentwicklung des Denkmalsgeländes (Gilfert 2022), Bundesfinanzmittel wurden für die Entwicklung des Geländes zu einem „europäischen Bildungs- und Kulturzentrum“ bereitgestellt (Süddeutsche Zeitung 2022), und die Landrätin Antje Hochwind-Schneider (SPD) äußerte gegenüber der Süddeutschen Zeitung (2022), dass „sichergestellt werden [solle], dass das Kyffhäuserareal – wie in der jüngsten Vergangenheit geschehen – nicht mehr politisch von rechten Kräften vereinnahmt werden könne“. Das Denkmal ist weiterhin ein „umkämpfter Ort“ an dem „auch gegenwärtig Deutungshoheiten konkurrieren“ (Gilfert 2022). Offensichtlich wird dies dadurch, dass weiterhin Ausflüge rechtsextremer Gruppierungen dorthin stattfinden und Höckes Film das Denkmal inszeniert.

4.4.2 Bedrohungen der Zivilgesellschaft

Rechtsextreme Raumnahme findet auch verstärkt digital, insbesondere in sozialen Medien statt und wirkt von dort aus auf lokale Geschehnisse zurück (vgl. Fielitz und Marcks 2024). So schilderte eine für die SRA befragte Person, dass vonseiten der Partei „Die Heimat“ auf Facebook dazu aufgerufen worden sei, eine Versammlung für Demokratie und Toleranz im Kyffhäuserkreis zu beobachten und zu „gucken, wer sich da so hinstellt“ (Interview 3). Dies baue eine Bedrohungslage für demokratische Kräfte auf, die dazu führe, dass man sich überlege, ob man sichtbar an derartigen prodemokratischen Versammlungen teilnehme (Interview 3), oder dass man Angst, auch in Bezug auf die eigene Familie, habe (Interview 6):

„Und wir standen unten mit der Traube von Menschen, und die Nazis standen über uns. Ich hatte Angst, muss ich ganz ehrlich sagen. [...] also für mich fühlte es sich schon wie eine Bedrohung an. Ich habe ja auch eine Familie, ich habe kleine Kinder, das ist immer irgendwie komisch. Wir haben da unseren Lebensmittelpunkt, man hat schon irgendwie so ein bisschen Angst, sag ich jetzt mal. Und die standen direkt über uns und haben alles gefilmt. Das war schon irgendwie eine bedrohliche Situation.“ (Interview 6)

Zudem äußerte eine befragte Person im Interview, dass die Kommentarspalten einer lokalen Zeitung durch rechtspopulistische Stimmen „beherrscht“ würden. Soziale Medien nutzen der extremen Rechten als wenig gefiltertes Sprachrohr und Möglichkeit der Platzierung ihrer Themen und Einstellungen sowie zur Mobilisierung (Fielitz und Marcks 2020).

Die Chronik rechtsextremer Vorfälle in Thüringen von MOBIT (2022a) sowie Medienberichte machen deutlich, dass es in den vergangenen Jahren immer wieder einzelne dokumentierte rassistische Beleidigungen oder Gewalttaten im Landkreis gab. Zuletzt wurde im Sommer 2024 bei einem Kreisligafußballspiel ein Spieler rassistisch beleidigt, in Anschluss an das Spiel kam es zu Körperverletzungen (Fernschild 2024). Ebenfalls im Sommer dieses Jahres

kam es bei einem Dorffest zu körperlichen Angriffen gegen zwei Männer durch einen 28-Jährigen, der dabei verfassungsfeindliche Parolen rief (Thüringer Allgemeine 2024d). 2021 wurde ein Mann in Bad Frankenhausen vor einem Supermarkt rassistisch beleidigt, und ihm wurde anschließend mit einer Glasflasche auf den Kopf geschlagen (Landespolizeiinspektion Nordhausen 2021a).

Grundsätzlich ist der Kyffhäuserkreis eine Region in Thüringen, in der die Betroffenenberatungsstelle ezra in den letzten Jahren sehr wenige rechte, rassistische oder antisemitische Angriffe dokumentierte (vgl. Kapitel 6). Dass es dabei eine Untererfassung der Angriffe gibt, legen die Schilderungen der interviewten Personen nahe.

5 PARTIZIPATIONSMÖGLICHKEITEN UND DEREN WAHRNEHMUNG DURCH JUGENDLICHE

„Unsere Jugend kann noch lernen. [...] Bei der Jugend könnte man vielleicht noch was retten.“ (Fokusgruppe)

Im Kontext der Wahlen 2024 lag die öffentliche Berichterstattung stark auf dem Wahlverhalten von Jugendlichen und Erstwähler*innen. Diese Zielgruppe hat z. B. bei den Europawahlen im Vergleich zu früheren Wahlen deutlich häufiger die AfD gewählt (Kamuf und Helmert 2024c, S. 5). Das bestätigte sich auch bei der Landtagswahl in Thüringen im September (vgl. Kamuf und Helmert 2024b, S. 11 f.). Die Wahlerfolge der AfD bei jungen Zielgruppen wurden häufig mit der Gestaltung und dem Inhalt des AfD-Wahlkampfs erklärt (vgl. Kapitel 4.1.1). Daneben wurden sie auch mit der Social-Media-Präsenz der AfD erklärt (Kamuf und Helmert 2024b). Eine Untersuchung von Fielitz et al. zum Online-Wahlkampf der AfD (2024) konstatierte jedoch, dass gerade bei den Landtagswahlen im September 2024 die Social-Media-Präsenz der AfD überschätzt würde (Fielitz et al. 2024).

Die wachsende Akzeptanz der AfD und ihrer rechtsextremen Positionen zeichnete sich jedoch schon länger in der Jugendforschung ab. Bereits ab 2020 zeigten Jugendstudien wie JuCo 1-4 (Andresen et al. 2020a; Andresen et al. 2020b; Andresen et al. 2022; Andresen et al. 2023), dass sich Jugendliche häufig in der Pandemiebekämpfung von der Politik nicht wahrgenommen und mitgenommen fühlten. Daraus entstand eine wachsende Skepsis gegenüber der Funktionsfähigkeit der Demokratie in Deutschland und eine wachsende Demokratiedistanz unter Jugendlichen (Vodafone Stiftung Deutschland 2022). Anfang 2024 zeigte die „Trendstudie Jugend in Deutschland 2024“ auf, dass die junge Generation pessimistisch in die Zukunft blickt, in hohem Maße psychisch belastet ist und sich zudem ihre Akzeptanz rechtsextremer Einstellungen erhöht sowie ihre Parteipräferenz für die AfD verstärkt haben (Schnetzer et al. 2024). Die Studie „Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen“ bestätigte im Herbst 2024, dass Jugendliche und junge Erwachsene rechtsextremen Positionen stark zustimmen (Quent et al. 2024). Auf die Performanz der AfD als Erklärung für ihre Entwicklung zu fokussieren täuscht darüber hinweg, welche Ursachen dafür zugrunde liegen, Ursachen, die die AfD gezielt zu adressieren versteht (vgl. Kapitel 4.1.1).

Aufgrund dieser Befunde legt die vorliegende Analyse einen Schwerpunkt auf die Situation Jugendlicher im Kyffhäuserkreis. Besonders die Partizipationsmöglichkeiten junger Menschen, ihre Repräsentation und ihr Engagement standen im Mittelpunkt des Forschungsinteresses. Dies basiert auf der Feststellung, „dass zivilgesellschaftliches Engagement eine besondere Möglichkeit der Aneignung demokratischer Kompetenzen bietet, indem individuelle Bildungsprozesse und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme miteinander verbunden werden“ (Stauvermann 2023, S. 85). Zudem hat sich mittlerweile ein Verständnis von Jugendpartizipation durchgesetzt, das echte Beteiligung als zentralen Teil der Demokratiebildung versteht (Ringler 2023, S. 99 ff.) So „können Partizipationserlebnisse selbst als Ausgangspunkt für politisches Lernen nutzbar gemacht werden“ (Sörje und Neumann-Wächter 2023, S. 44). Jugendpartizipation stärkt damit die politische und demokratische Kultur im lokalen Kontext und wirkt im Voraus gegen die oben dargestellten Entfremdungsphänomene.

Somit lag auch in der Fokusgruppendifkussion (vgl. Kapitel 2.2.3) ein Schwerpunkt auf diesen Fragen. In den Interviews und im Fokusgruppengespräch fanden sich die oben benannten negativen Befunde zum Teil wieder. Eine interviewte Person sprach in Bezug auf die verhältnismäßig hohe Jugendarbeitslosigkeit (vgl. Kapitel 3.1) sogar von einer

„absolute[n] Perspektivlosigkeit. Bei uns ist ja auch die Arbeitslosenquote relativ hoch. Und Auszubildende, die dann beizeiten mitkriegen, sie werden im Betrieb nicht übernommen, die versuchen dann auch gar nicht mehr, sich großartig anzustrengen oder in ihrer Freizeit irgendwas zu unternehmen, wo sie dann sagen können, man, das könnte für mich vielleicht auch mal eine Perspektive sein.“ (Interview 5)

Auch wurden häufig negative Einschätzungen zu Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen und deren Wahrnehmung im Kyffhäuserkreis geäußert. Daneben wurden jedoch viele positive Beispiele benannt, Ressourcen und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt, wie im Folgenden dargestellt wird.

5.1 VORHANDENE BETEILIGUNGSSTRUKTUREN

Bzgl. der Beteiligungsmöglichkeiten wurden durch die Interviewpartner*innen unterschiedliche Einschätzungen getroffen und regionale Unterschiede aufgezeigt. So wurde z. B. die Situation in Bad Frankenhausen als besser im Vergleich zu Sondershausen dargestellt. In einem Interview wurde die Frage nach dem Stand der participationsstrukturen für junge Menschen im Landkreis entsprechend beantwortet: „Sehr niedrig bis kaum, was Landkreisebene angeht. Die Stadt Bad Frankenhausen bezieht [die Jugendarbeit] auf kurzem Wege bei wichtigen Dingen mit ein.“ (Interview 11). Das spiegelt sich auch in den Strukturen wider. So hat Bad Frankenhausen beispielsweise einen aktiven **Kinder- und Jugendstadtrat**, der vom jetzigen Bürgermeister Matthias Strejc (SPD) mitgegründet wurde und im August 2024 sein 30-jähriges Bestehen feiern konnte (Fischer 2024). In Sondershausen hingegen sind die Aktivitäten stark zurückgegangen, die Stadtverwaltung forciert seit 2023 den Neuaufbau eines Kinder- und Jugendbeirats (Sondershausen o.J.; Hellmann 2023). Vorschläge für die Ausgestaltung wurden gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen im

Rahmen des Projekts „Jugend entscheidet“ in Kooperation mit der Hertie-Stiftung erarbeitet (Schlegel 2022).

Auch die Aktivitäten des **Kinder- und Jugendparlamentes** des Kyffhäuserkreises sind – vor allem aufgrund geringer Beteiligung – zurückgegangen, wobei es in der Vergangenheit eine rege Nutzung des Gremiums gab (Interview 7):

- Eigene Veranstaltungen wurden durchgeführt
- Diskussionsrunden wurden veranstaltet
- Forderungen und Standpunkte wurden erarbeitet und in den Kreistag gegeben
- Ein Wettbewerb wurde geplant, in dem Jugendliche zusammenfinden, um ein Reel (Kurzvideo) auf Instagram zu erstellen
- Am Jugendförderplan 2023–2026 wurde mitgearbeitet (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2022)

Insgesamt beschreiben die Interviewpartner*innen jedoch einen Rückgang der Jugendbeteiligung, vor allem aufgrund geringer Wahrnehmung durch Jugendliche selbst. Sie machen dafür diverse Gründe aus.

5.2 GRÜNDE FÜR GERINGE WAHRNEHMUNG DER BETEILIGUNGSMÖGLICHKEITEN DURCH JUGENDLICHE

Neben knappen Zeitressourcen bei Kindern und Jugendlichen wird einerseits die Coronapandemie als wesentlicher Faktor für den Rückgang benannt. Vor allem, weil durch das Pausieren von Veranstaltungen und Treffen keine Neumitglieder gewonnen werden konnten:

„Auch, weil viele weggezogen sind und keine neuen aktiven Mitglieder nachgekommen sind. Es braucht einen Anstoß, wie eben dieser Jugend-Demografie-Dialog²⁰. Das auch breiter aufgestellt ist als wir mit 10 oder 15 Leuten, die ab und zu mal alleine oder zu zweit in die Schule gegangen sind und sich vorgestellt haben.“ (Interview 7)

Insbesondere durch den „Generationenwechsel“ in den Beteiligungsgremien – nicht nur durch Wegzug, sondern auch durch Schulwechsel, Ausbildungsstart etc. – sei es schwierig, eine kontinuierliche Arbeit der Parlamente aufrechtzuerhalten, wenn den ausscheidenden Engagierten nicht direkt ebenso Engagierte folgten. Ein weiterer Hinderungsgrund für Engagement – nicht nur von Jugendlichen – ist die räumliche Struktur des Kyffhäuserkreises (vgl. Kapitel 3) als Flächenlandkreis, wegen der zum Teil langen Wege und des gering ausgebauten ÖPNV. Dabei wird auch der Unterschied zu Städten wie Weimar, Erfurt und Jena verdeutlicht, die bessere strukturelle Bedingungen für eine stärkere Partizipation Jugendlicher hätten (vgl. Fokusgruppe). Diese Darstellung bestätigt auch eine Feststellung aus dem 17. Kinder- und Jugendbericht:

²⁰ Der Jugend-Demografie-Dialog war ein Programm der Bundesregierung, mit dem Jugendbeteiligung im ländlichen Raum gefördert wurde. Der Kyffhäuserkreis nahm an diesem Programm teil, woraus die Idee entstand, ein Jugendparlament im Landkreis zu gründen (Stange et al. 2018).

„Die Ungleichheit der Lebensbedingungen junger Menschen wird auch in räumlichen Disparitäten deutlich, die sowohl größere Regionen als auch kleinräumige Unterschiede betreffen. Diese Disparitäten spiegeln sich in der ungleichen Verteilung von Infrastruktur, Dienstleistungen und den damit verbundenen Kosten wider und reflektieren sozioökonomische sowie demografische Unterschiede der Bevölkerung.“ (BMFSFJ 2024, S. 50)

Auch eine weitere überregionale Problemlage wurde von den Interviewpartner*innen angesprochen. Thüringenweit fällt ca. jede zehnte Schulstunde aus (Rauch 2024), und auch für das Fach Sozialkunde wurden in der Vergangenheit Kürzungen diskutiert (vgl. DVPB Thüringen 2023). Nicht verwunderlich also, dass sich dies auch im Kyffhäuserkreis zeigt:

„In den Schulen gibt es überall Lehrermangel. Natürlich kommt da das Thema Wahlen und Parteien zu kurz. Deswegen ist außerschulische Bildung wichtig. Wir könnten vielleicht jemanden einladen, um das Thema interessant zu machen.“ (Interview 9)

Neben den angesprochenen, eher strukturellen Gründen für die von mehreren Interviewpartner*innen beschriebene zurückgegangene Wahrnehmung der Beteiligungsmöglichkeiten wurden auch lokalspezifische Begründungen angeführt. So wird für die Probleme auf Landkreisebene u. a. der wahrgenommene Top-down-Ansatz und die Distanz der Verwaltung zu Jugendstrukturen vor Ort beschrieben:

„Das Landratsamt in Sondershausen wollte solch ein Gremium [ein Kinder- und Jugendparlament] hervorrufen. Die sind aber nicht an der Basis. [...] Wenn die Mitarbeiter vom Landratsamt so ein Gremium initiieren, funktioniert das nicht. [...] Man merkt, dass es seit Jahren versucht wird, aber es einfach nicht funktioniert. Da sage ich, dass sie einen coolen Sozialarbeiter als mobilen Jugendarbeiter brauchen, der mit Jugend gut umgehen kann. Sonst wird das nicht funktionieren.“ (Fokusgruppe)

Eine andere interviewte Person im Fokusgruppengespräch führte ihre Wahrnehmung aus:

„Und die Lobby der Jugendarbeit, also gerade der offenen Jugendarbeit und Sozialarbeit, die auch in bestimmten Wohngebieten notwendig war, ist ganz schön eingedämpft worden, weil sich die Lobby verschoben hat.“ (Fokusgruppe)

Auch andere landkreisspezifische Gründe für die geringe Jugendpartizipation wurden im Agieren der Kommunalpolitik gesehen:

„Mir ist aufgefallen, dass die Politiker schon interessiert sind Leute zu mobilisieren. Entweder laufen sie durch die Kleingartenanlagen und verteilen Blumensamen oder Senf. Die SPD lädt ein zum Grillen. Aber was machen die Altparteien für die Jugend, um die Jugend anzusprechen? Nichts. Es genügt nicht, finde ich, sich nur hinzustellen und der Jugend was zu erzählen. Das ist in dem Alter sehr schwer.“ (Fokusgruppe)

„Mehr Einbindung von Lokalpolitikern im Landkreis. Dass auch sie mal auf uns [Kinder und Jugendliche] zukommen und uns einbeziehen.“ (Interview 11)

Eine andere Person ging im Fokusgruppengespräch auf die Wahlkämpfe, die auf Jugendliche ausgerichtete Strategie der AfD und die – aus ihrer Sicht – Versäumnisse der demokratischen Parteien ein, die mitverantwortlich für die Stärkung von antidemokratischen Positionen bei Jugendlichen seien:

„Ein Plakat mit einer Sonnenbrille, der Osten rockt, große Sommerparty und so. Genau diese Masche zieht die Jugend an. Deswegen hat so eine Partei von der Jugend mehr Stimmen bekommen, als vielleicht eine Linke, eine SPD oder eine CDU. Ich würde, wenn ich solche Veranstaltungen mache, dann auch auf die Jugend ausrichten. Da hat die AfD etwas vorgebracht.“ (Fokusgruppe)

5.3 RESSOURCEN, ANKNÜPFUNGSPUNKTE UND POTENZIALE

*„Es braucht einen Anstoß, wie eben dieser Jugend-Demografie-Dialog.“
(Interview 7)*

Gründe für die geringe Partizipation Jugendlicher im Kyffhäuserkreis zu sammeln ist naturgemäß sehr defizitorientiert. In den Interviews wurden jedoch auch viele Potenziale und Anknüpfungspunkte benannt, die als Ressourcen dienen und so die Jugendpartizipation im gesamten Landkreis stärken können. Die Potenziale werden vor allem in lokalen Good-Practice-Beispielen gesehen, die aber nur bedingt über die jeweilige Gemeinde hinaus bekannt sind.

In den Interviews und der Fokusgruppendifkussion wurden beispielsweise einzelne Ereignisse und Veranstaltungen benannt, die das Interesse und den Wunsch nach Partizipation von Jugendlichen aufzeigen. So hat z. B. bei der prodemokratischen Demonstration im Februar in Sondershausen (Hellmann 2024a) auch ein*e Schülersprecher*in eine Rede gehalten (Interview 7). Ebenso treffen sich seit 2023 Schülersprecher*innen aus verschiedenen Schulen des Landkreises, um in Workshops über Beteiligungsmöglichkeiten in der Gemeinde und in der Schule zu sprechen (Interview 3). Und in Artern haben junge Menschen einen Bürgerplausch angeregt (Fokusgruppe). Die Befragten sehen also durchaus Anzeichen für ein Interesse Jugendlicher an Partizipation.

Als zentraler Anknüpfungspunkt, um Jugendliche zu erreichen und Partizipationsstrukturen im gesamten Kreis zu unterstützen, wurde dabei der Lernort Schule genannt. Hier anzusetzen bietet sich an, weil über Schulen potenziell alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden können. Die oben angesprochenen fehlenden Kapazitäten bei Lehrkräften, aber auch der formale Rahmen des regulären Unterrichts schränken die Möglichkeiten der Ansprache jedoch ein. Daher sollten vor allem die Schulstrukturen außerhalb des Unterrichts angesprochen werden.

Ein möglicher Anknüpfungspunkt ist die junge Struktur der kreisweiten Treffen der Schüler*innenvertretungen. Diese Treffen wurden als eine positive Entwicklung dargestellt, die jedoch auch mit einigen Hürden verbunden sind:

„Das funktioniert gut, aber man muss sagen, auch das ist mühsam. [...] jede Schule [ist] tatsächlich in dem Planungskreis vertreten. Förderzentrum, Gymnasium, Regelschule, das ist super gut. Aber jeder hat auch so andere Schulzeiten, das muss ja in den ihren Plan passen. Am Wochenende, ganz ehrlich, da hat kein Jugendlicher Lust drauf. Es ist immer alles nur zusätzlich. Die haben ja selber ihren Druck in der Schule. Aber im Moment würde ich mich da gar nicht beschweren, das läuft.“ (Interview 3)

Hier gilt es anzusetzen und die Hürden zur Teilnahme so niedrig wie möglich zu halten. Neben der aufwendigen Koordination können die Präsenztreffen beispielsweise durch hybride und digitale Formate ergänzt werden:

„Aber ich glaube, es gibt inzwischen auch viele schöne andere Beteiligungsmodelle, über die wir uns mal austauschen müssen und die wir dann etablieren könnten, ohne dass man immer durch den Kreis fährt.“ (Interview 4)

Zentral bei diesen Treffen ist der Austausch von Erfahrungen und Good-Practice-Beispielen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Treffen auch zum Austausch über Jugendbeteiligung in den Kommunen genutzt werden. Hier kann die Wiederbelebung des kreisweiten Kinder- und Jugendparlaments auch die Initiierung lokaler Jugendparlamente anregen und gleichzeitig kann auf den Treffen der Schüler*innenvertretungen für die Etablierung bzw. die Mitarbeit in den Gremien geworben werden. Die Schüler*innenvertretungen können im Gegenzug wiederum in ihrer jeweiligen Schule weitere Jugendliche für partizipative Angebote gewinnen. Zentral dabei sollte sein, welche realen Mitbestimmungsmöglichkeiten es in den Gremien gibt und wie diese ausgewertet werden können. Immer wieder wurde in den Interviews auf die Bedeutung der Beteiligung am „Jugend-Demografie-Dialog“-Programm der Bundesregierung hingewiesen, auf das auch im aktuellen Jugendförderplan des Landkreises Bezug genommen wird. Aus diesem Programm heraus wurde ab 2015 an Schulen, aber auch schulübergreifend Jugendbeteiligung beworben und aufgezeigt, welche damit verbundenen Möglichkeiten es gibt zu agieren, was laut Interviewpartner*innen stark gewirkt habe und woraus u. a. das Jugendparlament entstanden sei (Interview 7). Hier scheint es sinnvoll ein ähnliches kreisweites Format zu initiieren. Dabei können die bereits engagierten Schüler*innenvertretungen eingebunden werden.

Was weiterhin als wichtige Ressource am Lernort Schule und als möglicher Schnittpunkt für Jugendbeteiligung genannt wurde, sind die Schulsozialarbeiter*innen, die u. a. Schüler*innenvertretungen unterstützen (Fokusgruppe) und darüber hinaus wichtige Projektarbeit gestalten (Interview 2). Aber auch hier wurden fehlende Ressourcen erkannt, die aufgestockt werden sollten, um eine stärkere Integration der Schulsozialarbeit in das Jugendbeteiligungskonzept des Landkreises und der Kommunen zu ermöglichen.

Ein weiterer wichtiger Anknüpfungspunkt ist die mobile Jugendarbeit (früher Bereichsjugendpflege), die in sechs Gebieten des Landkreises durch vier verschiedene Trägervereine gewährleistet wird (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2023b). In den Interviews wurde die mobile Jugendarbeit als wichtige Ressource für die Jugendbeteiligung benannt, die teilweise koordinierend für die lokalen Jugendparlamente tätig ist. Diese Funktion wird als zentral für das Gelingen der Beteiligungsgremien betrachtet, da „die Jugend manchmal solche Aufgaben wegen Schule oder Ausbildung nicht machen kann“ (Fokusgruppe). Diese Erfahrungen sollten in die Bereiche übertragen werden, die Defizite in der Jugendbeteiligung feststellen, wozu es jedoch wiederum eine Ausweitung von Ressourcen braucht. Wichtig sind jedoch nicht nur die finanziellen und personellen Ressourcen, sondern insbesondere deren Einsatz:

„Wenn man ein solches Gremium aufrechterhalten möchte, ist es wirklich wichtig, wer das mit-leitet. [...] es muss eine Person sein, die die Jugend motivieren kann.“ (Fokusgruppe)

„Deshalb ist es wichtig, junge Mitarbeiter zu haben. [...] Man muss jemanden finden, der etwa 30 ist, frisch vom Studium kommt.“ (Fokusgruppe)

Mehrfach wurde darüber hinaus die Kombination mehrerer pädagogischer Ansätze genannt (z. B. Erlebnispädagogik und politische Bildung), um die Teilnahmebereitschaft zu erhöhen:

„Obwohl mehr im erlebnispädagogischen Bereich passieren müsste. Grund ist, dass die Erfahrungen von gewissen Leuten, die auch in der Erlebnispädagogik [arbeiten], zeigen, dass man so auch Jugendliche von Rändern wegbekommt. Indem man mit ihnen was macht, womit sie sich identifizieren können.“ (Fokusgruppe)

„Es funktioniert, sage ich oft aus persönlicher Erfahrung, wenn Strukturen zwischen Schule, Erlebnispädagogik, Aufklärung, Prävention und Netzwerken in Verbindung mit einer offenen Kommune zusammenarbeiten. Man kann nicht immer alles erreichen, was man sich wünscht, da es auch von den Menschen abhängt, mit denen man arbeitet, aber es kann dann gelingen.“ (Fokusgruppe)

Hierbei können thüringenweite Angebote der politischen Jugendbildung wie beispielsweise das [Netzwerk für Demokratie und Courage](#) oder [„Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“](#) einbezogen werden.

Ein weiterer Anknüpfungspunkt für eine Aktivierung der Jugendbeteiligung sind Ausflüge mit Jugendlichen zu politischen Wirkungsorten wie Brüssel, Berlin und Erfurt. Die Kombination von Freizeit und dem Erleben des politischen Betriebs wecken dabei das Interesse der Jugendlichen für Politik und Beteiligung, was Anknüpfungspunkte bietet. Hierfür gibt es verschiedene Fördermöglichkeiten, die zur Verfügung stehen:

„[Es waren] Jugendliche in Berlin dabei, und es ist immer toll zu sehen, dass sie aus ganz unterschiedlichen Verhältnissen kommen. Einige haben es finanziell schwer, andere stehen gut da, aber an solchen Tagen sind alle gleich. Jeder erlebt dasselbe, und keiner fühlt sich benachteiligt. Mit solchen Aktionen halte ich die Motivation hoch und plane jedes Jahr ein Highlight, damit die Arbeit sich auch lohnt.“ (Fokusgruppe)

6 SITUATION GESELLSCHAFTLICH MARGINALISierter GRUPPEN

Die Auswirkungen einer erstarkenden extremen Rechten treffen unmittelbar insbesondere marginalisierte Gesellschaftsgruppen. Immer wieder kam es in den vergangenen Jahren auch im Kyffhäuserkreis zu Angriffen auf Angehörige gesellschaftlich marginalisierter Gruppen und zu Diskriminierungserfahrungen dieser Menschen. Gleichzeitig verfügt der Landkreis über ein regionales Integrationskonzept, was nicht in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten der Fall ist. Um die Situation dieser Bevölkerungsgruppen angemessen zu erfassen, braucht es eine gute Informationslage, die im Kyffhäuserkreis jedoch lückenhaft ist. So existiert beispielsweise im thüringenweiten Netzwerk migrantischer Selbstorganisationen (Migranetz) keine Selbstorganisation mit Sitz im Kyffhäuserkreis. Auch queere Gruppierungen oder Anlaufstellen sind zum aktuellen Zeitpunkt nicht im Landkreis verortet. Dies erschwert die Erfassung von Betroffenenperspektiven. Die geführten Interviews und das Datenmaterial des Landkreises ermöglichen jedoch einen beispielhaften Einblick in die Rahmenbedingungen und Situation gesellschaftlich marginalisierter Gruppen.

6.1 DIE SITUATION VON MIGRANTISCHEN UND MIGRANTISIERTEN MENSCHEN

Im Jahr 2020 überarbeitete die Verwaltung des Kyffhäuserkreises zusammen mit dem Institut für kommunale Planung und Entwicklung e. V. und unter Beteiligung weiterer Akteur*innen wie beispielsweise der Migrationsbeauftragten, des Integrationsbeirats oder der regionalen Streetworker das Integrationskonzept des Landkreises (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2020). Als eine der erarbeiteten Maßnahmen wurde u. a. das Amt für Ausländer und Flüchtlingswesen neu aufgestellt, welches nun die Anlaufstelle sowohl für Asyl-, Ausländer- und Asylbewerberleistungsrecht als auch für Unterbringung und Sozialbetreuung ist. Für Mitarbeiter*innen in Verwaltung und Behörden sieht das Konzept unter der Leitung des Landratsamts, Personalamts und weiterer Fachämter interkulturelle Weiterbildungen und Schulungen vor, um für das Thema Migration und Integration zu sensibilisieren (ebd., S. 18).

Die Diskussionen zu den Themen Migration und Integration würden im Kreistag laut interviewten Personen nicht immer konstruktiv geführt. Besonders die Parteien AfD und „Die Heimat“ bedienen in diesen Diskursen im Parlament sowie auf Demonstrationen und Kundgebungen Rassismen und bieten mit diesem Thema eine Brücke zum populistisch-

heterogenen Protestmilieu (vgl. Kapitel 4). Gleichzeitig wird die SPD-Landrätin als wichtige Akteurin im Bereich der Integration migrantischer Einwohner*innen hervorgehoben.

„Also das Flüchtlingsthema ist natürlich auch immer eins, auch hier im Kreistag. Das hat man hier ganz gut gelöst, weil die Landrätin fordert sehr stark ihre Verwaltung. Und das bedeutet, dass sie versucht, die Emotionen etwas zu drosseln, unsere Ausländerbehörde zum Beispiel hat das ganz gut im Griff, die finden immer Wohnungen. Das geht zwar relativ kurzfristig alles, aber die finden immer Wohnung, wo sie hin vermitteln können.“ (Interview 1)

Die interviewte Person betont die schnelle und kurzfristige Bereitschaft zur Wohnungssuche bzw. Möglichkeiten der Unterbringung für Geflüchtete im Landkreis als positiv (Interview 1). Im Herbst 2024 wurden zwei der fünf Gemeinschaftsunterkünfte für Geflüchtete im Landkreis geschlossen – zum einen, weil allgemein weniger geflüchtete Menschen in Thüringen ankommen, zum anderen, weil die Bewohner*innen in dezentrale Unterkünfte vermittelt werden konnten (Hellmann 2024d). Dezentrales Wohnen ist auch eine Forderung des Flüchtlingsrats Thüringen (2023) zur Aufnahme, Unterbringung und Integration von Geflüchteten und „Grundlage für eine humanitäre Flüchtlingspolitik in Thüringen“ (ebd.). Die Wohnsituation migrantischer und migrantisierter Personen wurde zudem in der Fokusgruppen-diskussion als zentraler Faktor für gelingende Integration benannt. Eine Unterbringung in Plattenbaugebieten, die soziale „Brennpunkte“ (Fokusgruppe) darstellten, hindere eine schnelle Arbeitsmarktintegration von migrantischen und migrantisierten Fachkräften:

„Da sage ich immer: Wir holen sie her, versprechen ihnen Jobs, wollen sie als Fachkräfte, aber setzen sie in die abgelegensten Gebiete, wo sie erst mal drei bis vier Jahre brauchen, bevor sie überhaupt in den Arbeitsmarkt kommen.“ (Fokusgruppe)

Der Flüchtlingsrat Thüringen (2023) weist zudem darauf hin, dass Sammelunterkünfte u. a. weniger Privatsphäre und Rückzugsmöglichkeiten und einen Angriffspunkt für Stimmungsmache und rassistische Übergriffe böten.

Die Landrätin des Kyffhäuserkreises spricht sich positiv bzgl. der im März 2024 erfolgten Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete aus. Durch diese würde „die Teilhabe der Asylsuchenden am kulturellen Leben im Kyffhäuserkreis gefördert“, was ein „Grundbaustein für die gelingende Integration der Asylsuchenden“ im Landkreis sei (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2024). Herbert Brücker (2023) vom Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung legt jedoch dar, dass abhängig von der Ausgestaltung der Bezahlkarte negative Auswirkungen auf Integration und Teilhabe von Geflüchteten drohen:

„Die negativen Auswirkungen auf Integration und Teilhabe ergeben sich durch den Umstand, dass die Bezahlkarte den Nutzen der existenzsichernden Leistungen für die Betroffenen mindert und, je nach Grad der Beschränkung der sächlichen und räumlichen Verwendung der Mittel, die Chancen auf Mobilität, Kommunikation und soziokulturelle Teilhabe reduziert. Damit verbinden sich auch negative Wirkungen für die Integration in den Arbeitsmarkt. Als besonders kritisch sind in diesem Zusammenhang lokale und regionale Beschränkungen des Einsatzes von Bezahlkarten zu bewerten.“ (ebd., S. 7)

Eine solche regionale Beschränkung findet auch im Kyffhäuserkreis Anwendung (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2024).

Seit Januar müssen Asylbewerber*innen im Kyffhäuserkreis gemeinnütziger Arbeit bei Kommunen, Vereinen oder gemeinnützigen Trägern nachgehen, sofern diese einen entsprechenden Antrag stellen (Hellmann 2024c). Die CDU habe sich im Kreistag für die „Arbeitspflicht“ für Geflüchtete ausgesprochen (Interview 1), was laut PRO ASYL und den Landesflüchtlingsräten angesichts der Arbeitsverbote „das rassistische Narrativ über Schutzsuchende [...] reproduziert“ (Flüchtlingsrat Thüringen 2024). Bis Mitte des Jahres wurden nur wenige derartige Beschäftigungsverhältnisse geschlossen, in denen die Asylsuchenden 80 Cent pro geleisteter Stunde als Aufwandsentschädigung erhalten (Hellmann 2024c). Einige Kommunen würden jedoch eine Umsetzung planen (ebd.). Bei Arbeitsverweigerung können Sanktionen erfolgen, im Kyffhäuserkreis wurden bisher keine ausgesprochen (ebd.). Gegenüber der Thüringer Allgemeinen äußerten zwei Personen, die dieser gemeinnützigen Arbeit nachgehen, dass sie etwas gegen die Langeweile tun und die Sprache lernen wollten (Wille 2024). Die Verständigung sei bisher eine Barriere gewesen, was das Gefühl der Integration mindere (ebd.).

Auch in den Interviews und in der Fokusgruppendifkussion wurden unzureichende Investition in Bildung und Sprachkurse, beispielsweise in Form von Deutschkursen, als Herausforderung für die Integration benannt (Fokusgruppe). Das fehlende Wissen behindere insbesondere im Schulkontext eine Integration unter den Schüler*innen, gerade unter dem Gesichtspunkt, dass die Kinder ohne Deutschkenntnisse ansonsten gut in die Schulgemeinschaft aufgenommen seien (Interview 5) und von den Kindern aus der Wunsch bestehe, sich in die Schule zu integrieren. Demgegenüber ständen vereinzelt migrantische Elternhäuser, die ihre Kinder nicht die Schule besuchen ließen (Fokusgruppe).

Diskriminierung, Bedrohungen und Gewalt gegen migrantische und migrantisierte Personen

Wie bereits im Kapitel 4.4.2 deutlich wurde, sind in den letzten Jahren mehrere Vorfälle von rassistisch motivierter Bedrohung und Gewalt im Kyffhäuserkreis öffentlich geworden, auch wenn aufgrund fehlender Beratungs- und Selbstorganisationen für und von Migrant*innen von einer Untererfassung ausgegangen werden kann.

Im August 2018 wurde eine Person aus Eritrea auf dem Marktplatz von Sondershausen angegriffen. Aus einer Gruppe heraus wurde der 33-Jährigen durch Tritte und Schläge im Kopfbereich verletzt, dazu kamen laut Zeug*innen rassistische Äußerungen (Thüringer Allgemeine 2018). In Wiehe kam es ebenfalls aus einer Gruppe heraus im August 2021 zu einem Angriff auf vier migrantisierte Personen. Hierbei erlitt eine Person leichte Verletzungen, darüber hinaus fielen rassistische Beleidigungen (Landespolizeiinspektion Nordhausen 2021b). Knapp zwei Monate später ereignete sich in Bad Frankenhausen ein weiterer rassistisch motivierter Vorfall, als in einem Einkaufsmarkt ein junger Mann zunächst auf seine Hautfarbe und seinen Aufenthaltsstatus angesprochen und anschließend rassistisch beleidigt sowie durch eine Glasflasche verletzt wurde (Landespolizeiinspektion Nordhausen 2021a).

Im Kontext von deutschlandweiten Angriffen auf Geflüchtetenunterkünfte kam es im Kyffhäuserkreis darüber hinaus in den Jahren 2015 und 2017 zu Brandanschlägen gegen Geflüchtetenunterkünfte oder sie standen im Zusammenhang mit ihnen. In Ebeleben-Rockensußra sind 2015 drei Wohnhäuser in Brand gesteckt worden, die als Geflüchtetenunterkünfte genutzt werden sollten. Es wurde niemand verletzt. Die Polizei ging von einem politisch motivierten Brandanschlag aus (Der Tagesspiegel 2015). In Artern wurden 2017 mehrere Brandsätze auf das Gelände eines Hotels geworfen, in dessen Gebäudeteil zu dem Zeitpunkt zwei syrische Familien lebten (Fischer 2017).

6.2 SITUATION WEITERER MARGINALISierter GRUPPEN

Im Dezember 2023 veröffentlichte das Landratsamt einen „Maßnahmeplan zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Kyffhäuserkreis ab 2024“. In diesem wird die Situation von Menschen mit einer (Schwer-)Behinderung dargelegt, allgemeingültige Ziele für ihre Eingliederung in den Arbeitsmarkt, im Pflege- und Gesundheitswesen und ihre Inklusion im politischen und öffentlichen Leben werden hierin genannt (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2023c).

Vor Herausforderungen im Bereich der Inklusion im Landkreis sehe sich einer interviewten Person zufolge u. a. Schulpersonal. Auch wenn in der Gesetzgebung festgelegt sei, dass für die Schulgebäude eine Barrierefreiheit vorliegen müsse, sei diese nicht überall gegeben (Fokusgruppe). Als ein Positivbeispiel für Inklusion im Schulkontext wird im Interview ein Projekt im Rahmen von ThINKA herangezogen: Unweit einer Förder- und Regelschule gibt es einen Gemeinschaftsgarten mit 2.300 Quadratmetern Fläche. Hier können u. a. inklusive Schulklassen gärtnerischen Aktivitäten nachgehen, darüber hinaus gibt es Seidenhühner, die für therapeutische Zwecke eingesetzt werden und um die sich die Schüler*innen kümmern (Interview 9).

Über die Situation von queeren Menschen im Kyffhäuserkreis ist den interviewten Personen wenig bekannt. Die Sichtbarkeit von queerem Leben durch Vernetzung in öffentlichen Vereinen lässt sich aktuell nur auf Thüringer Gesamtebene oder in anderen Landkreisen bzw. Kreisstädten aufzeigen; eine wichtige Organisation, die dieser Aufgabe nachgeht, ist der Verein QueerWeg.²¹

Als weitere Form von Diskriminierung sind im Kyffhäuserkreis insgesamt zwei antisemitische Vorfälle im Zeitraum zwischen 2015 und 2020 dokumentiert worden (Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. 2022, S. 56). Eine Form von Aufarbeitung der Gewalttaten im Nationalsozialismus erfolgt beispielsweise durch die Verlegung von Stolpersteinen in Sondershausen. Zwischen 2012 und 2014 wurden insgesamt 21 Stolpersteine verlegt, im September 2024 kamen weitere 12 in Gedenken an die jüdische Familie Leser hinzu (Stadtverwaltung Sondershausen 2024).

²¹ Vielfalt Leben - QueerWeg Verein für Thüringen e. V.: <https://queerweg.de>

7 ZIVILGESELLSCHAFT, LOKALES UMFELD UND HERAUSFORDERUNGEN DER DEMOKRATISCHEN KULTUR

7.1 ENGAGEMENTSTRUKTUREN

Im Kyffhäuserkreis zeigen sich in den Interviews ambivalente Wahrnehmungen zu den vorhandenen Engagementstrukturen. Als herausfordernd wird die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft beschrieben. Es fehle z. B. an Austauschformaten wie einem Runden Tisch für Demokratie und an Wissen über andere Organisationen, Ansätze und Aktivitäten im Landkreis (Interview 7).

„Ja, die Träger erreichen, das ist echt eine Riesenherausforderung. Weil man halt auch nie irgendwo mal alle zusammen hat, wo man da in Ruhe drüber sprechen kann und so.“ (Interview 3)

Auch das kreisweite „Bündnis gegen Rechts im Kyffhäuserkreis“, das seit den 2000er-Jahren bestand, ist seit einigen Jahren inaktiv:

„Es gibt auch das Bündnis gegen Rechts im Kyffhäuserkreis. Aber ich glaube, das ist seit vielen Jahren eher nur noch eine Papierleiche. [...] Trotzdem heißt das nicht, dass man nicht nochmal nachfragen kann, woran es hinsichtlich der Aktivitäten mangelt. Die Aktivitäten, die sich nicht entfalten oder die sich jetzt auf zweierlei Art und Weise entfaltet haben. Einmal in Sondershausen und einmal in Artern.“ (Interview 8)

Das inaktive Bündnis erscheint dementsprechend als eine mögliche Ressource, um die neu entstandenen Aktionsformen und Bündnisse, die im Folgenden aufgezeigt werden, auch kreisweit zu vernetzen und Synergien zu nutzen.

Als positives Beispiel für gelungenes demokratisches Engagement in den letzten Jahren wurde die erfolgreiche zivilgesellschaftliche Kampagne gegen die „Kyffhäusertreffen“ (vgl. Kapitel 4.4.1) des rechtsextremen „Flügels“ der AfD benannt:

„Wir haben uns dann auch als Zivilgesellschaft hier vor Ort zusammengesetzt und haben gesagt: Also wenn wir hier nicht [...] diese Auseinandersetzung komplett verlieren wollen und das Denkmal, ich sag mal, letztlich komplett in die rechte Schiene abgleitet, zumindest in der äußeren Wahrnehmung, müssen wir dem etwas Spürbares entgegensetzen. Und haben dann auch mit vor Ort tätigen Unternehmen relativ klare Worte gewechselt und gesagt: Also wenn das euer Anspruch ist, wenn ihr sagt, das ist für euch tolerabel – für uns ist es das nicht. Wir sind dann künftig nicht mehr bei euch zu Hause, das müsst ihr entscheiden.“ (Gilfert 2022, S. 134)

Positiv werden auch neue Bündnisse und Aktionsformen bewertet. Dazu zählt z. B. eine Demonstration in Sondershausen im Februar 2024 unter dem Motto „Für Demokratie und

Menschlichkeit“, an der etwa 300 Personen teilnahmen. Diese Demonstration fand im Rahmen der bundesweiten prodemokratischen Proteste nach der Recherche zum „Potsdamer Treffen“ durch Correctiv (Geheimplan gegen Deutschland 2024) statt. Es gab u. a. einen Redebeitrag eines*r Schülervertreter*in sowie Unterstützung aus dem Gewerkschaftsumfeld und der Lokalpolitik (Interview 8). Aber auch gegen die rechtsextreme Demonstration am 1. Mai 2024 in Sondershausen (vgl. Kapitel 4.2.2) gab es eine demokratische Gegendemonstration mit etwa 170 Teilnehmenden.

Im August 2024 kam es auch in Bad Frankenhausen zu einer Demonstration mit etwa 280 Teilnehmenden. Sie protestierten gegen das „Familienfest“ der AfD und den Auftritt ihres Spitzenkandidaten für die Landtagswahl, Björn Höcke. Unter dem Motto „Herz über Hetze – Nie wieder ist jetzt“ richtete sich die Demonstration gegen Faschismus und rief zum zivilgesellschaftlichen Zusammenhalt auf (Arterner Zeitung 2024). In Artern formierte sich ebenfalls als Folge der Correctiv-Recherche im Februar 2024 ein „Bündnis für Demokratie und Freiheit“, dem sich u. a. vier Stadträt*innen und der Ortsteilbürgermeister Wolfgang Koenen (Die Linke) anschlossen (Salzmann 2024a). Drei Monate später trat Artern der Initiative „Weltoffenes Thüringen“ bei (Salzmann 2024b). Gegen den entsprechenden Stadtratsbeschluss stimmten vier Vertreter*innen aus den Fraktionen CDU, PUB und „Die Heimat“ (ebd.). Steffen Baumann (PUB) wertete den Anschluss an das Bündnis als „Eingriff in die Demokratie, weil jeder Mensch wählen kann, was er will – solange auf dem Wahlzettel eine demokratische Partei draufsteht“, denn „auf dem Wahlzettel stehen keine anderen Parteien“ (ebd.).

Neben Bündnissen und Initiativen sind auch (sozio-)kulturelle Räume wesentlicher Teil von Engagementstrukturen im ländlichen Raum. Orten, wie den Veranstaltungsräumen des Vereins WhitePig in Bad Frankenhausen, kommt vor dem Hintergrund gleichberechtigter kultureller Teilhabe in ländlichen Regionen besondere Bedeutung zu, wodurch sich die Notwendigkeit ihrer Förderung unter Berücksichtigung der Heterogenität ländlicher Räume ergibt (Wingert 2024).

Die Entwicklungen im Jahr 2024 sind als wichtige Ressource für das künftige demokratische Engagement im Kyffhäuserkreis zu verstehen. An den bestehenden Bündnissen kann angeknüpft werden, dauerhafte Strukturen lassen sich etablieren. Dabei ist auch die thüringenweite Vernetzung in Strukturen wie „Weltoffenes Thüringen“ und mit Beratungsstellen wie MOBIT wichtig, um von Erfahrungen aus anderen Landkreisen zu profitieren und so den Gründen für mangelndes demokratisches Engagement zu begegnen.

7.2 FEHLENDES ENGAGEMENT UND GRÜNDE

Neben den genannten Strukturen wurden in den Interviews auch Fehlstellen im Kyffhäuserkreis benannt. Das zivilgesellschaftliche prodemokratische Engagement habe nach Ansicht

der Interviewten in den letzten Jahren abgenommen. Das deckt sich auch mit den Wahrnehmungen zum Rückgang der Jugendbeteiligung (vgl. Kapitel 5). Eine Ursache wird in der ungewissen politischen Zukunft Thüringens und einer möglichen Machtposition der AfD vermutet und den (damit evtl. einhergehenden) Konsequenzen einer offenen, prodemokratischen Positionierung in der Öffentlichkeit (Interview 6). Das führe zu einer zu geringen prodemokratischen Positionierung unterschiedlicher zivilgesellschaftlicher Akteur*innen im Landkreis.

7.2.1 Finanzierung und Bürokratie

Die Projektmittelgebundenheit und die kurzen Projektphasen führen zum Auslaufen von Projekten, die in der Vergangenheit als erfolgreich eingestuft wurden, z. B. die „Fair Play Fußballnacht“ der Bereichsjugendpfleger*innen (Interview 2). Aber auch die Akquise von Engagierten selbst wird als herausfordernd wahrgenommen, da Unsicherheiten bestehen, wie interessierte Personen erreicht werden können. Eine weitere Hürde stellt die Bürokratie in Bezug auf Projektmittelakquise da. Ein Großteil des zivilgesellschaftlichen Engagements wird von Ehrenamtlichen getragen. Eine Antragsstellung zum Erhalt neuer oder fortlaufender Projektkosten stellt für viele eine (zeitliche/psychische/physische) Herausforderung dar, die für fachfremde Personen überfordernd wirken kann (Interview 3). Gerade dieser Aspekt führt im Umkehrschluss jedoch auch dazu, dass Projektanträge und damit politische oder soziale Netzwerkstrukturen ohne das ehrenamtliche Engagement gänzlich wegfallen. Auch die Aufmachung der Projektanträge und ihre klare Zielformulierung hinsichtlich der beantragten Gelder kann dazu führen, dass manche Projekte nicht eingereicht werden (Interview 3). Ein weiteres bürokratisches Hindernis liegt darin, dass das ehrenamtliche Engagement auf eine*n gesetzliche*n Vertreter*in (z. B. einen Verein) angewiesen ist, um Projektmittel verwenden zu können (Fokusgruppe).

Als eine wichtige Ressource für mehr demokratisches Engagement der Zivilgesellschaft erscheint entsprechend die niedrigschwellige Bereitstellung von Ressourcen und dem Wissen über Finanzierungsmöglichkeiten. Neben Angeboten wie der Projektförderung der PFD und ThINKA gibt es auch einen Fonds beim Landkreis, über den man Gelder für Ehrenamtliche beantragen kann. Daneben stellen eine Vielzahl an zivilgesellschaftlichen Unterstützungsstrukturen unbürokratisch Finanzmittel für die demokratische Zivilgesellschaft bereit:

- [Netzwerk Polylux](#)
- [Postcode Lotterie](#)
- [Kulturstiftung des Bundes](#)
- [Zukunftswege Ost](#)
- [Zusammen für Demokratie](#)
- [Projektförderung der Amadeu Antonio Stiftung](#)

Als zentral erscheint es daher weniger, neue Finanzierungsquellen zu etablieren, als vielmehr die existierenden im Landkreis bekannter zu machen und ihre Möglichkeiten aufzuzeigen.

7.2.2 (Regionale) Fragmentierung und fehlender Raum für Austausch

Ein regionaler Austausch für den gesamten Kyffhäuserkreis (vgl. 7.1) wird nach Ansicht der Interviewten dadurch erschwert, dass der Landkreis insgesamt eine Breite von ca. 100 km aufweist. Durch die räumliche Fragmentierung entfallen die Vorteile für eine schnellere Vernetzung, wie es beispielsweise in Kreisstädten der Fall ist (Interview 5, Interview 6). Insbesondere die große Distanz innerhalb des Landkreises und der mangelhafte ÖPNV werden als Hindernisse für Jugendliche bewertet.

Auch die kulturellen Räume vor Ort, wie Tanzveranstaltungen oder Feste, seien in der Anzahl weniger geworden. Somit falle ein Austausch mit anderen Personen, aber auch mit unterschiedlichen Meinungen weg und das Gefühl von Gemeinschaft nehme ab (Fokusgruppe).

7.2.3 Kapazitätsgrenzen

Die ehrenamtliche Arbeit im Kyffhäuserkreis erreicht jedoch ihre Grenzen: In vielen Fällen tragen einzelne Personen eine hohe Arbeitslast für die Organisation und Verwaltung, oft durch Mitarbeit an verschiedenen Stellen über Jahre hinweg. Diese Doppelfunktion führe zu Erschöpfung. Hinzu kommt, dass es an jungem Nachwuchs fehlt, der die Arbeit in Zukunft auffängt und weiterführt (Interview 2).

7.3 ZIVILGESELLSCHAFT, KOMMUNALVERWALTUNG UND -POLITIK

Der Kyffhäuserkreis ist seit 2015 Partner im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ und im Thüringer Landesprogramm „Denk bunt“. Zusammen agieren sie als die Mittelgeber für das Projekt „Partnerschaft für Demokratie“ (PfD), welches ab 2025 in der dritten Förderperiode im Kreis umgesetzt wird (Landratsamt Kyffhäuserkreis 2023a). Demokratieförderung, Extremismusprävention und Gestaltung von Vielfalt bilden die Kernziele des Vorhabens. So sollen z. B. das Wissen über Rechtsextremismus/-populismus und zu Menschenfeindlichkeit vermittelt werden, gleichzeitig werden Handlungskompetenzen zum Umgang mit Gewalt und zur Stärkung von demokratischen Haltungen gefördert. Auf langfristige Sicht strebt das Projekt an, Partizipationsstrukturen in der Zivilgesellschaft und im schulischen Kontext zu entwickeln. Der größte Anteil aller umgesetzten Projekte zählt dabei zum Bereich Anti-Gewalt und –Mobbing sowie Stärkung von Zivilcourage mit 36 %, Projekte zum Thema gesellschaftliche Beteiligung machen 18 % aller Projekte aus, Demokratie- und politische Bildungsprojekte 16 % und interkulturelle Projekte 15 %. Den kleinsten Anteil stellen Projekte gegen Rechtsextremismus mit 1 % dar. Die Trägerschaft wird zum Großteil durch die offene Kinder- und Jugendarbeit (42 %) und durch Schulfördervereine (32 %) gestellt. Eine

externe Koordinierungs- und Fachstelle (KuF) übernimmt die Aufgabe, Projekte zu ermöglichen. Im Kyffhäuserkreis ist diese beim Kreisjugendring Kyffhäuserkreis e. V. ansässig. Die interne Koordination ist im Jugendamt des Landkreises angesiedelt. Die PfD ist somit eine der wesentlichen Ressourcen für die Stärkung der politischen Kultur im Landkreis und zugleich eine wichtige Schnittstelle zwischen Zivilgesellschaft und Verwaltung. Als diese wichtige Ressource wurde sie auch in den Interviews benannt.

Ambivalent wird von einzelnen Interviewten die Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft einerseits und Verwaltung und Kommunalpolitik andererseits bewertet. Dabei wird die Kooperation mit dem Kreistag und der Kreisverwaltung überwiegend positiv bewertet, kritisch hingegen werden Tendenzen in einzelnen Stadträten gesehen, beispielsweise in Sondershausen.

Positiv wurde durch einzelne Interviewteilnehmende die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft mit der Verwaltung und der Kommunalpolitik im Landkreis bei der Sozialplanung beurteilt. Hierbei werden die relevanten Zielgruppen z. B. durch Regionalkonferenzen eingebunden (Interview 1). Auch in der Zusammenarbeit bei der Jugendarbeit auf Kreisebene wird der Dialog mit Entscheidungsträger*innen als positiv und fruchtbar eingeschätzt (Fokusgruppe).

Unterschiedlich wurde in den Interviews und der Diskussion die Zusammenarbeit in den lokalen Gremien bewertet. Eine Person merkte an, dass es herausfordernd sei, sich bei Anliegen im Ortschaftsrat einzubringen. Die Möglichkeit, aktiv Fragen zu stellen, sei erst zum Ende der Sitzung gegeben. Zu diesem Zeitpunkt jedoch sind die Abstimmungen bereits getroffen. Dieser Vorgang wurde von der interviewten Person so eingeordnet, dass es „keinen besonders demokratischen Einfluss“ (Fokusgruppe) durch die Zivilgesellschaft auf den politischen Prozess gebe. Es bleibe daher nur die Möglichkeit, sich parteilich zu engagieren, um eigene Belange vorbringen zu können (Fokusgruppe). Eine andere Person der Fokusgruppe erwiderte jedoch, dass dies in einem anderen Stadtrat nicht der Fall sei, hier sei die Fragestunde zu Beginn der Sitzung angesetzt (Fokusgruppe). Gerade für den Stadtrat Sondershausen wurde von einzelnen Interviewten über die letzten Jahre eine negative Entwicklung verzeichnet. So wird von einer fehlenden konstruktiven Kommunikation und Streitkultur berichtet (Fokusgruppe). Diese Entwicklung führe langfristig zum Verlust von engagierten Personen (Fokusgruppe).

Das zivilgesellschaftliche Interesse an kommunalen Projekten wird überwiegend als gering ausgeprägt bewertet. Dies zeigt sich z. B. in der geringen Teilnehmerszahl bei der öffentlichen Vorstellung des integrierten Gemeindeentwicklungskonzepts 2025 (Interview 4) oder an fehlende Nachfragen vonseiten der Bürger*innen bei Ausschusssitzungen (Fokusgruppe).

Auch in der Zusammenarbeit der Verwaltung und Kommunalpolitik mit der Zivilgesellschaft wurden dementsprechend Defizite ausgemacht, die ein stärkeres Engagement verhindern. Hier gilt es, anzusetzen und durch verbesserte Kooperation und Kommunikation Hindernisse auszuräumen.

Aus den Interviews wurde zudem deutlich, dass es im Landkreis bisher keine systematische Zusammenarbeit von Kommunalverwaltung und -politik mit der demokratischen Zivilgesellschaft zu kommunalen Gefährdungen der Demokratie gibt. Eine Kooperation könnte, wie in anderen Landkreisen, in Form eines *Runden Tisches für Demokratie* (vgl. Kapitel 7.1) etabliert werden und ggf. zu einem *Kommunalen Frühwarnsystem* gegen demokratiegefährdende Potenziale ausgeweitet werden. Dazu gehören Datenanalysen von Hassvorfällen, anonyme Berichterstattung und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen.

8 Fazit und Handlungsempfehlungen

Obwohl über den Kyffhäuserkreis, außer im Kontext der „Kyffhäusertreffen“, seltener im Vergleich zu anderen Regionen in Thüringen wie Gera, Hildburghausen oder Eisenach in Bezug auf Rechtsextremismus berichtet wird, gibt es im Kyffhäuserkreis einen virulenten Rechtsextremismus, sowohl auf der Einstellungsebene (vgl. Kapitel 3.2) als auch beim Wahlverhalten (vgl. Kapitel 3.3) und nicht zuletzt in formalen und informellen Strukturen (vgl. Kapitel 4). In Kapitel 4 konnte aufgezeigt werden, dass die rechtsextremen Strukturen nicht nur stark miteinander vernetzt sind, sondern auch in andere gesellschaftliche Bereiche hineinwirken können. Hier gibt es nicht immer eine strikte Abgrenzung. Dies wird erleichtert durch einen Mangel **an prodemokratischen Strukturen, die über rechtsextreme Netzwerke und ihre Aktivitäten aufklären.**

1. Eine Handlungsempfehlung der vorliegenden Untersuchung ist daher, die **Etablierung solcher Strukturen** zu unterstützen und ihre thüringen- und bundesweite Vernetzung voranzutreiben. Etablierte Strukturen in anderen Landkreisen und in Thüringen sind dafür eine wichtige Ressource.
2. Außerdem sollte es insgesamt **keine Zusammenarbeit mit rechtsextremen Fraktionen** geben, um diese nicht noch weiter zu normalisieren.

Im Kapitel zur **Jugendbeteiligung** (vgl. Kapitel 5) konnte aufgezeigt werden, dass Jugendliche in den vergangenen Jahren weniger Beteiligungsmöglichkeiten wahrgenommen haben. Gleichwohl wurden jüngst einige **Anknüpfungspunkte und positive Entwicklungen** ausgemacht, wie z. B. die kreisweiten Schüler*innenvertretungs-Treffen, die als **Ressource für eine Stärkung der Jugendbeteiligung** genutzt werden können:

3. Die Hürden für die Teilnahme von Jugendlichen an Beteiligungsformaten (vgl. Kapitel 5.2) können durch neue **niedrigschwelligere Formate** überwunden werden. Gremiensitzungen können z. B. online oder hybrid stattfinden, um der räumlichen Distanz und den geringen Zeitressourcen zu begegnen.
4. **Good-Practice-Beispiele** der Beteiligungsmöglichkeiten können stärker verbreitet werden. Beispielsweise können anhand der erfolgreichen Schüler*innenvertretungs-Treffen Bedeutung und Möglichkeiten von Jugendbeteiligung allgemein herausgestellt werden. Die Schüler*innenvertretungen können in ihren jeweiligen Schulen und Orten für die Etablierung von neuen Beteiligungsstrukturen werben. Auch das langjährige erfolgreiche Jugendparlament in Bad Frankenhausen kann als

Vorbild für andere Orte dienen. Wichtig ist, dass auch lokale politische Gremien Jugendbeteiligung akzeptieren und effektive Entscheidungskompetenzen ermöglichen.

5. Die erfolgreichen Strukturen der **Schulsozialarbeit und mobilen Jugendarbeit** sollten in ihren Ressourcen ausgeweitet werden, da sie einerseits wichtige Arbeit vor Ort leisten, aber auch eine kreisweite Vernetzung ermöglichen.
6. Da in den Interviews immer wieder die Bedeutung des Jugend-Demografie-Dialogs ab 2015 für die kreisweite Jugendbeteiligung herausgestellt wurde, ist es angeraten, ein ähnliches Format als **Auftakt und Initiation der kreisweiten Jugendbeteiligung** zu gestalten. So kann für das Thema geworben werden, und Jugendliche können zur Etablierung und Ausweitung entsprechender Strukturen motiviert und mobilisiert werden.

Die **Situation von gesellschaftlich marginalisierten Gruppen** im Kyffhäuserkreis konnte im Rahmen der vorliegenden Studie nur angeschnitten werden, insbesondere da organisierte Strukturen im Landkreis fehlen, die als Interessensvertretung Auskunft hätten geben können. Besonders durch die Sekundäranalyse wurde jedoch deutlich, dass es im Kyffhäuserkreis auch Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen gibt und wahrscheinlich ein breites Dunkelfeld existiert (vgl. Kapitel 6). Hier kann aufbauend auf der SRA empfohlen werden:

7. Selbstorganisationen und Interessensvertretungen gesellschaftlich marginalisierter Gruppen im Landkreis beim **Aufbau von Strukturen** zu unterstützen und auch hier mit thüringenweiten Organisationen wie z. B. [Migranetz Thüringen](#) und [QueerWeg](#) zusammenzuarbeiten.

Als ein verbindendes Thema der extremen Rechten ist zweifelsohne der **rassistische Diskurs**, insbesondere die **Ablehnung von Flucht und Migration** zu sehen. Wie in Kapitel 4 deutlich wurde, bietet dieses Thema auch Anknüpfungspunkte an das populistisch-heterogene Protestmilieu, aber auch an demokratische Parteien und Fraktionen in den Kommunalparlamenten. Hier ist Folgendes notwendig:

8. Alle demokratischen Strukturen, von Zivilgesellschaft bis in die Kommunalpolitik, sollten sich entschieden **abgrenzen und keine Diskurse und Narrative der extremen Rechten übernehmen**. Stattdessen sollten diese Narrative durch positive Erzählungen verdrängt werden, z. B. durch Öffentlichkeitskampagnen, die Diversität und Zusammenhalt betonen.
9. Daneben sollten Maßnahmen des Landkreises, die als diskriminierend wahrgenommen werden, überdacht und revidiert werden, um einerseits der Diskriminierung zu begegnen und andererseits auch hier keine rassistischen Narrative zu bedienen (vgl. Kapitel 6.1).

Auch bei der Darstellung der **demokratischen, zivilgesellschaftlichen Engagementstrukturen** (vgl. Kapitel 7.1) wurden einerseits Defizite ausgemacht, andererseits insbesondere im Jahr 2024 entstandene Strukturen aufgezeigt, die als Ressource **Anknüpfungspunkte für eine Ausweitung des Engagements** bieten.

10. Als zentrale Handlungsempfehlung ist dafür insbesondere die Etablierung eines kreisweiten Austauschformats, z. B. eines **Runden Tisches für Demokratie** benannt worden. Hier können Erfahrungen und Erfolge geteilt werden, was Raum für gegenseitige Motivation der Teilnehmenden schafft. Wie beschrieben gibt es auch hier bereits lokale Ansätze der thüringenweiten Vernetzung, die ausgebaut und verstetigt werden können. Solche Formate bilden eine mögliche Grundlage für die Etablierung eines kreisweiten **Kommunalen Frühwarnsystems gegen demokratiegefährdende Potenziale** (vgl. Kapitel 7.3).
11. Weiterhin wurde ein Mangel an **Wissensvermittlung zwischen den verschiedenen lokalen Engagementstrukturen** einerseits explizit durch interviewte Personen benannt, andererseits auch in der Analyse implizit deutlich. Hier können durch neue Formate wie z. B. Demokratie-Newsletter, Social-Media-Kanäle o. ä. Synergien und Netzwerke hergestellt werden.

Zur Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen sind sowohl personelle als auch **finanzielle Ressourcen** notwendig, die langfristig verfügbar sein und strukturell angeboten werden sollten. Für die kurzfristige Finanzierung gibt es dafür neben den Mitteln der Pfd auch diverse zivilgesellschaftliche Fördertöpfe (vgl. Kapitel 7.2.1), die aber insbesondere die langfristige personelle Aufstellung der demokratischen Zivilgesellschaft nicht gewährleisten können. Daher ist es einerseits notwendig, die vorhandenen Fördermöglichkeiten auf kommunaler, Länder- und Bundesebene nicht nur zu verstetigen, sondern auch auszubauen, um den Herausforderungen der Demokratie zu begegnen. Hierbei wurde in den SRA deutlich, dass Demokratieförderprogramme wie das Landesprogramm *Denk bunt* in Thüringen und das Bundesprogramm „*Demokratie leben!*“ eine zentrale Funktion, u. a. für die Pfd, einnehmen und daher dringend fortgeführt werden sollten. Zur nachhaltigen und verlässlichen Grundlage für demokratisches Engagement ist eine Verstetigung der Demokratieförderung, wie sie bspw. in Form eines Demokratiefördergesetzes auf Bundesebene (vgl. Dankbar 2024) und auch auf Landesebene diskutiert bzw. angestrebt wird (vgl. CDU, BSW und SPD Thüringen 2024, S. 99), angeraten.

LITERATURVERZEICHNIS

- Andresen, Sabine; Heyer, Lea; Lips, Anna; Rusack, Tanja; Schröder, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2020a): „Die Corona-Pandemie hat mir wertvolle Zeit genommen“ – Jugendalltag 2020. Universitätsverlag Hildesheim. Hildesheim.
- Andresen, Sabine; Lips, Anna; Möller, Renate; Özdemir, Ersan; Schröder, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2023): Der Einfluss der Corona-Pandemie auf das Wohlbefinden junger Menschen. Trends und anhaltende Auswirkungen. Universitätsverlag Hildesheim. Hildesheim.
- Andresen, Sabine; Lips, Anna; Möller, Renate; Rusack, Tanja; Schröder, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2020b): Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Universitätsverlag Hildesheim. Hildesheim.
- Andresen, Sabine; Lips, Anna; Rusack, Tanja; Schröder, Wolfgang; Thomas, Severine; Wilmes, Johanna (2022): Verpasst? Verschoben? Verunsichert? Junge Menschen gestalten ihre Jugend in der Pandemie. Universitätsverlag Hildesheim. Hildesheim.
- Arterer Zeitung (2024): „Herz über Hass“ - Über 300 Menschen gegen rechte Tendenzen. In: *Arterer Zeitung*, 24.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.arterner-zeitung.de/artikel/2024-08/Herz-ueber-Hass-Ueber-300-Menschen-gegen-rechte-Tendenzen>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Beck, Hannah; Jaschinski, Jannik; Kordt, Klemens; Müller-Elmau, Marie; Talg, Juliana (2024): Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken: Handlungsempfehlungen aus der Szenarioanalyse des Thüringen-Projekts. Unter Mitarbeit von Fachinformationsdienst für internationale und interdisziplinäre Rechtsforschung. Online verfügbar unter https://verfassungsblog.de/wp-content/uploads/2024/04/240417_Verfassungsblog-PolicyPaper.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Bernhard, Henry (2019): Kyffhäuser in Thüringen - Barbarossa als Touristenmagnet und Mythos der extremen Rechten. In: *Deutschlandfunk Kultur*, 03.09.2019. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunkkultur.de/kyffhaeuser-in-thueringen-barbarossa-als-touristenmagnet-100.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Best, Heinrich; Niehoff, Steffen; Salheiser, Axel; Vogel, Lars (2017): Thüringens ambivalente Mitte: Soziale Lagen und politische Einstellungen. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2017. KomRex. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2330/tm-2017-mit-anhang.pdf>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Best, Heinrich; Vogel, Lars (2022): Was messen und wie messen wir, wenn wir ‚Rechtsextremismus‘ messen? Eine Validierung auf der Grundlage des Thüringen-Monitors. In:

- Andreas Beelmann und Danny Michelsen (Hg.): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 27–58.
- BMFSFJ (2024): 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- BMI (2024): Verfassungsschutzbericht 2023. Online verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/themen/sicherheit/vsb2023-BMI24018.pdf?__blob=publicationFile&v=10, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- Brücker, Herbert (2023): Stellungnahme: Wissenschaftliche Einschätzung der Bezahlkarte für Geflüchtete. Hg. v. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung. Online verfügbar unter https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6050.pdf, zuletzt geprüft am 03.12.2024.
- Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (2022): Antisemitismus in Thüringen. Problembeschreibung. Online verfügbar unter https://report-antisemitism.de/documents/2022-06-07_rias-th_Problembeschreibung_Thuringen.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Bundeszentrale für politische Bildung (2021): Hammerskins. In: *Bundeszentrale für politische Bildung*, 23.06.2021. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500782/hammerskins/>, zuletzt geprüft am 19.11.2024.
- BVerfGE (2017): Kein Verbot der NPD wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele. Pressemitteilung Nr. 4/2017. Online verfügbar unter <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html>, zuletzt geprüft am 11.11.2024.
- BVerfGE (2024): Die Partei Die Heimat (vormals NPD) ist für die Dauer von sechs Jahren von der staatlichen Parteienfinanzierung ausgeschlossen. Pressemitteilung Nr. 9/2024. Online verfügbar unter <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2024/bvg24-009.html>, zuletzt geprüft am 21.10.2024.
- CDU, BSW und SPD Thüringen (2024): Regierungsvertrag 2024-2029. Mut zur Verantwortung. Thüringen nach vorne bringen. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/koalitionsvertrag-138-download-File.pdf>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

- Dankbar, Christine (2024): Demokratie-Fördergesetz: Die Ampel beerdigt ein weiteres Projekt. In: *Frankfurter Rundschau*, 15.07.2024. Online verfügbar unter: <https://www.fr.de/politik/demokratie-foerdersgesetz-die-ampel-beerdigt-ein-weiteres-projekt-93188670.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Decker, Oliver; Weißmann, Marliese; Kiess, Johannes; Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010. Hg. v. Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin. Online verfügbar unter <https://library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- der rechte rand (2024): Verbote & Verfahren. In: *der rechte rand*, 15.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/10396/verbote-verfahren/>, zuletzt geprüft am 19.11.2024.
- Der Tagesspiegel (2015): Brände in Asylunterkünften: Polizei geht von Brandanschlag in Thüringen aus. In: *Der Tagesspiegel*, 07.09.2015. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/polizei-geht-von-brandanschlag-in-thuringen-aus-3656311.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Deutschlandfunk (2020): Corona-Demonstrationen. Wer marschiert da zusammen? In: *Deutschlandfunk*, 10.12.2020. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/corona-demonstrationen-wer-marschiert-da-zusammen-100.html#Neonazis>, zuletzt aktualisiert am 10.12.2020, zuletzt geprüft am 18.12.2024.
- Deutschlandfunk (2024): Neue Partei Werteunion. Warum Hans-Georg Maaßen politisch hoch umstritten ist. In: *Deutschlandfunk*, 18.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/hans-georg-maassen-cdu-parteiausschluss-werte-union-100.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Die Heimat Deutschland (2024): Instagram-Beitrag. Online verfügbar unter <https://www.instagram.com/dieheimatdeutschland/p/DCwDAXatbi2/>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Dieckmann, Janine; Knospe, Markus; Kaiser, Marie (2022): Situations- und Ressourcenanalyse als Grundlage für die Überarbeitung des „Jenaer Stadtprogramms gegen Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Intoleranz“. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/SR_JENA_aF_120722.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Dietze, Nikolas (2024): Kommunalwahlen: Wenn Rechtsextreme über das alltägliche Leben entscheiden. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/kommunalwahlen-wenn-rechtsextreme-ueber-das-alltaegliche-leben-entscheiden-113075/>, zuletzt geprüft am 23.11.2024.
- dpa (2016): „Reichsbürger“ rufen bei Versammlung in Lutter „Königreich Sondershausen“ aus. In: *Thüringer Allgemeine*, 07.11.2016. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article222049393/Reichsbuerger-rufen->

- [bei-Versammlung-in-Lutter-Koenigreich-Sondershausen-aus.html](#), zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- dpa (2018): Polizei beschlagnahmt Waffen bei mutmaßlichen „Reichsbürger“. In: *Süddeutsche Zeitung*, 29.05.2018. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/politik/sondershausen-polizei-beschlagnahmt-waffen-bei-mutmasslichen-reichsbuerger-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-180529-99-500476>, zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- dpa (2020a): Thüringen: 2900 Menschen bei Versammlungen zu Corona-Politik. In: *Süddeutsche Zeitung*, 18.05.2020. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/bad-frankenhausen-kyffhaeuser-thueringen-2900-menschen-bei-versammlungen-zu-corona-politik-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200518-99-106361>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- dpa (2020b): Revolver und Munition bei „Reichsbürger“ gefunden. In: *Süddeutsche Zeitung*, 17.12.2020. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/panorama/sondershausen-revolver-und-munition-bei-reichsbuerger-gefunden-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-201217-99-731302>, zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- DVPB Thüringen (2023): Kürzungen stoppen, Sozialkunde stärken – Für das Kernfach politischer Bildung an Thüringer Schulen. Stellungnahme der DVPB Thüringen zum Entwurf einer Verordnung zur Vereinheitlichung der Organisation sowie der Unterrichtsgestaltung. Hg. v. Deutsche Vereinigung für Politische Bildung e.V. Landesverband Thüringen. Online verfügbar unter <https://www.dvpb-th.de/onewebmedia/Dokumente/DVPB%20Stellungnahme%20Schulverordnung%202023.pdf>.
- Endruweit; Günter; Trommsdorff, Gisela; Burzan; Nicole (2014): Wörterbuch der Soziologie. Konstanz, München: UVK-Verlagsgesellschaft mbH mit UVK/Lucius.
- Feldhaus, Timo (2019): Das Kyffhäuser-Denkmal, Deutschland und die AfD. Ein Ortsbesuch. In: *WELT*, 23.09.2019. Online verfügbar unter <https://www.welt.de/kultur/plus200753626/Das-Kyffhaeuser-Denkmal-Deutschland-und-die-AfD-Ein-Ortsbesuch.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Fernschild, Sebastian (2024): FSV Schernberg wegen rassistischer Äußerungen verurteilt. In: *Thüringer Allgemeine*, 26.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/sport/sport-nordhausen/article407332662/fsv-schernberg-wegen-rassistischer-aeusserungen-verurteilt.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2020): Digitaler Faschismus. Die sozialen Medien als Motor des Rechtsextremismus. Berlin: Duden Verlag.
- Fielitz, Maik; Marcks, Holger (2024): Channelling Protests: How Anti-Democratic Actors in Germany Mobilise via Telegram. Global Network on Extremism & Technology. Online verfügbar unter <https://gnet-research.org/2024/01/12/channelling-protests-how-anti-democratic-actors-in-germany-mobilise-via-telegram/>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

- Fielitz, Maik; Sick, Harald; Schmidt, Michael; Donner, Christian (2024): Social-Media-Partei AfD? Digitale Landtagswahlkämpfe im Vergleich. Hg. v. Otto Brenner Stiftung. Frankfurt a.M. (OBS-Arbeitspapier, 73).
- Fischer, Kerstin (2017): Brandanschlag auf Gelände einer Flüchtlingsunterkunft in Artern. In: *Thüringer Allgemeine*, 18.04.2017. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermishtes/article222649453/Brandanschlag-auf-Gelaende-einer-Fluechtlingsunterkunft-in-Artern.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Fischer, Kerstin (2024): Kyffhäuserkreis: Wo einst ein Bürgermeister Gefallen an der Politik fand. In: *Thüringer Allgemeine*, 14.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/kyffhaeuserkreis/article407015673/kyffhaeuserkreis-wo-einst-ein-buergermeister-gefallen-an-der-politik-fand.html>, zuletzt geprüft am 22.11.2024.
- Flüchtlingsrat Thüringen (2023): Unterbringung und Wohnen. Online verfügbar unter <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/themen/unterbringung-und-wohnen>, zuletzt geprüft am 03.12.2024.
- Flüchtlingsrat Thüringen (2024): Recht auf Arbeit anstatt populistische Arbeitspflicht-Debatten. Online verfügbar unter <https://www.fluechtlingsrat-thr.de/aktuelles/pressemitteilungen/recht-auf-arbeit-anstatt-populistische-arbeitspflicht-debatten>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- Freies Thüringen (2024): Telegram-Kanal. Online verfügbar unter <https://web.telegram.org/k/#@freiesth>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Freund-Möller, Cynthia; Streitberger, Johannes; Koch, Matthias; Miehle, Marius; Lorenz, Carolin; Mohrmüller, Marie et al. (2023): Wem gehört der Montag? Montagsdemonstrationen im Herbst 2022 in Thüringen. Bericht über die Befragung von Demonstrierenden. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/3060/wem-gehoert-der-montag-28-06-2023-1-digitalversion.pdf>, zuletzt geprüft am 22.11.2024.
- Geheimplan gegen Deutschland (2024). In: *correctiv.org*, 10.01.2024. Online verfügbar unter <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof (2022): Festnahmen von vier mutmaßlichen Mitgliedern einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung sowie Durchsuchungsmaßnahmen in elf Bundesländern bei insgesamt 50 Beschuldigten wegen des Verdachts rechtsextremistischer Straftaten. Online verfügbar unter <https://www.generalbundesanwalt.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2022/Pressemitteilung-vom-06-04-2022.html>, zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- Gilfert, Julia (2022): Der Kyffhäuser – ein Denkmal zwischen rechter Vereinnahmung und zivilgesellschaftlichem Engagement. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft

- (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Demokratie unter Druck. Jena (12), S. 128–137. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFs_WsD12/WsD12_Beitrags_Julia_Gilfert.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2024.
- Gläser, Ingolf (2018): Transparent und Fahnen am Denkmal. In: *Thüringer Allgemeine*, 19.06.2018. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/vermischtes/article225727049/Transparent-und-Fahnen-am-Denkmal.html>, zuletzt geprüft am 19.11.2024.
- Grande, Brigitte; Grande, Edgar; Hahn, Udo (Hg.) (2021): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Bielefeld: transcript (Edition Politik, Band 111). Online verfügbar unter <https://library.oapen.org/bitstream/id/a420b77b-e44a-4acb-937f-4a7d1ac32341/9783839456545.pdf>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Grossman, Michele; Peucker, Mario; Smith, Debra (2016): Stocktake Research Project: A systematic literature and selected program review on social cohesion, community resilience and violent extremism 2011-2015. Online verfügbar unter [https://www.amf.net.au/library/uploads/files/15412_Stocktake_Research_Program_V13_\(1\).pdf](https://www.amf.net.au/library/uploads/files/15412_Stocktake_Research_Program_V13_(1).pdf), zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Hellmann, Andrea (2015): NPD-Kreischef kauft ehemalige Gaststätte in Sondershausen. In: *Thüringer Allgemeine*, 23.11.2015. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article221349051/NPD-Kreischef-kauft-ehemalige-Gaststaette-in-Sondershausen.html>, zuletzt geprüft am 19.11.2024.
- Hellmann, Andrea (2018): Hausdurchsuchung: Polizei findet Waffen bei mutmaßlichem Reichsbürger in Sondershausen. In: *Thüringer Allgemeine*, 04.07.2018. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/blaulicht/article224350635/Hausdurchsuchung-Polizei-findet-Waffen-bei-mutmasslichem-Reichsbuerger-in-Sondershausen.html>, zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- Hellmann, Andrea (2023): Sondershausen: Kinder- und Jugendbeirat soll im Herbst starten. In: *Thüringer Allgemeine*, 09.05.2023. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/sondershausen/article238356355/Sondershausen-Kinder-und-Jugendbeirat-soll-im-Herbst-starten.html>, zuletzt geprüft am 18.11.2024.
- Hellmann, Andrea (2024a): Sondershäuser gehen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus auf die Straße. In: *Thüringer Allgemeine*, 03.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article241571540/Sondershaeuser-gehen-fuer-Demokratie-und-gegen-Rechtsextremismus-auf-die-Strasse.html>, zuletzt geprüft am 24.11.2024.
- Hellmann, Andrea (2024b): Demonstrationen am 1. Mai in Sondershausen. In: *Thüringer Allgemeine*, 01.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer->

- [allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article242228930/Demonstrationen-am-1-Mai-in-Sondershausen.html](https://www.allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article242228930/Demonstrationen-am-1-Mai-in-Sondershausen.html), zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- Hellmann, Andrea (2024c): Wie läuft es mit der gemeinnützigen Arbeit für Asylbewerber im Kyffhäuserkreis? In: *Thüringer Allgemeine*, 24.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/kyffhaeuserkreis/article407083690/wie-laeuft-es-mit-der-gemeinnuetzigen-arbeit-fuer-asylbewerber-im-kyffhaeuserkreis.html>, zuletzt geprüft am 03.12.2024.
- Hellmann, Andrea (2024d): Kyffhäuserkreis reduziert die Kapazitäten für Flüchtlinge. In: *Thüringer Allgemeine*, 13.11.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/kyffhaeuserkreis/article407667420/kyffhaeuserkreis-reduziert-die-kapazitaeten-fuer-fluechtlinge.html>, zuletzt geprüft am 02.12.2024.
- Hemmerling, Axel; Malak, Nadja; Junker, Monique; Kendzia, Ludwig; Wierzioch, Bastian (2022): Mutmaßliche Terror-Gruppe soll Staatsumsturz geplant haben - Reußen-Prinz in Haft. In: *MDR*, 08.12.2022. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-orka/razzia-umsturz-verschwoerung-reuss-100.html>, zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- Hentges, Gudrun; Kökgiran, Gürcan; Nottbohm, Kristina (2014): Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen - PLUS* (3). Online verfügbar unter https://forschungsjournal.de/fjsb/wp-content/uploads/fjsb-plus_2014-3_hentges_koekgiran_nottbohm_x.pdf, zuletzt geprüft am 13.11.2024.
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Jessen, Ralph; Reichardt, Sven; Klein, Ansgar (Hg.) (2004): Zivilgesellschaft als Geschichte. Studien zum 19. und 20. Jahrhundert. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Junge Alternative Thüringen (2021): Instagram-Post vom 05.07.2021. Online verfügbar unter https://www.instagram.com/p/CQ8K_u0NQwQ/?img_index=1, zuletzt geprüft am 19.11.2024.
- Junge Nationalisten (2023): JAHRESRÜCKBLICK THÜRINGEN. Online verfügbar unter <https://aktion-widerstand.de/deutschland/jahresrueckblick-thueringen/>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Kamuf, Viktoria; Guillaume, Dominique; Salheiser, Axel (2024): Zivilgesellschaft in Bewegung: Protestereignisse in Thüringen 2022/23 im Spiegel der Presseberichterstattung. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/WEB_Forschungsbericht_Zivilgesellschaft_in_Bewegung.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024a): „‘Blaues Auge‘ statt ‚blauer Welle‘?“. Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Unter Mitarbeit von Janine Patz und

- Axel Salheiser. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/WEB_IDZ_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Thuringen_2024.pdf, zuletzt geprüft am 28.10.2024.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024b): Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen. Kurzanalyse zur Thüringer Landtagswahl am 1. September 2024. Unter Mitarbeit von Axel Salheiser, Christoph Richter, Maik Fielitz und Fabian Klinker. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Wahlen_2024/8_Kurzanalyse_Landtagswahlen_Thuringen_2024.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024c): Thüringen zwischen den Wahlen – erhöhter Druck auf die demokratische Kultur. Kurzanalyse zu den Kommunalwahlen 2024 in Thüringen. Kurzanalyse zu den Stichwahlen der Thüringer Kommunalwahlen und Europaparlamentswahlen am 9. Juni 2024. Unter Mitarbeit von Janine Patz und Axel Salheiser. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/7_Kurzanalyse_Kommunalwahlen_Th%C3%BCrtingen_2024_WEB.pdf, zuletzt geprüft am 30.10.2024.
- Kemp, Marco (2024): 2024-05-01 Sondershausen – Neonazistische 1. Mai Kundgebung. Online verfügbar unter <https://www.flickr.com/photos/marcokemp/albums/72177720316645268/>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Kendzia, Ludwig; Wierzioch, Bastian; Hemmerling, Axel (2024): Ermittler finden Hinweise auf weitere geheime Reuß-Gruppe. In: *tagesschau*, 31.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/mdr/reichsbuerger-prinz-reuss-patriotische-union-100.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Khan, Sara (2024): The Khan Review: Threats to Social Cohesion and Democratic Resilience. Online verfügbar unter <https://www.gov.uk/government/publications/the-khan-review-threats-to-social-cohesion-and-democratic-resilience>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Koch, Matthias; Miehle, Marius; Beelmann, Andreas (2023): Topografie 2021/2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen. Hg. v. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2945/topografie-2021-2022.pdf>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.
- Koch, Matthias; Miehle, Marius; Beelmann, Andreas (2024): Topografie 2023: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation

- und Analysen. Hg. v. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/4994/topografie-2023.pdf>, zuletzt geprüft am 01.11.2024.
- Kubitschek, Götz (2017): Selbstverharmlosung. In: *Sezession* 76, S. 26–28.
- Küpper, Beate; Berghan, Wilhelm; Rees, Jonas (2019): Aufputschen von rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Andreas Zick, Beate Küpper und Wilhelm Berghan: *Verlorene Mitte - feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Hg. für die Friedrich-Ebert-Stiftung v. Franziska Schröter. Bonn: J. H. W. Dietz, S. 173–202.
- Landespolizeidirektion Thüringen (2024): LPD-EF: Polizeieinsatz zum 1. Mai beendet. Online verfügbar unter <https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/125951/5770132>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Landespolizeiinspektion Nordhausen (2021a): Angreifer schlägt mit Flasche zu. Online verfügbar unter <http://web.archive.org/web/20230523094005/https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/126723/5053515>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Landespolizeiinspektion Nordhausen (2021b): Auseinandersetzung auf Bartholomäusmarkt, die Kriminalpolizei sucht Zeugen nach Angriff auf. Online verfügbar unter <http://web.archive.org/web/20230523094031/https://www.presseportal.de/blaulicht/pm/126723/5000181>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Landratsamt Kyffhäuserkreis (2020): Integrationskonzept Kyffhäuserkreis 2020. Online verfügbar unter <https://www.kyffhaeuser.de/daten/uploads/integrationskonzept-des-kyffhaeuserkreises.pdf>, zuletzt geprüft am 03.12.2024.
- Landratsamt Kyffhäuserkreis (2022): Jugendförderplan 2023-2026. Hg. v. Landratsamt Kyffhäuserkreis Jugend- und Sozialamt. Online verfügbar unter <https://www.kyffhaeuser.de/daten/uploads/uploads-aus-den-aemtern/formulare-allgemein-backup-alte-website/jugebndhilfe/final-jugendfoerderplan-2023-2026.pdf>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Landratsamt Kyffhäuserkreis (2023a): Bereich Lokale Partnerschaft für Demokratie. Online verfügbar unter <https://www.kyffhaeuser.de/bildung-soziales/jugend-und-sozialamt/referat-jugend/praevention-kita-planung/bereich-lokale-partnerschaft-und-demokratie/>, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Landratsamt Kyffhäuserkreis (2023b): Kinder- und Jugendarbeit. Hg. v. Landratsamt Kyffhäuserkreis Jugend- und Sozialamt. Online verfügbar unter <https://www.kyffhaeuser.de/bildung-soziales/jugend-und-sozialamt/referat-jugend/praevention-kita-planung/bereich-kinder-und-jugendarbeit/>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.

- Landratsamt Kyffhäuserkreis (2023c): Maßnahmeplan zur Inklusion und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Kyffhäuserkreis ab 2024. Online verfügbar unter https://www.kyffhaeuser.de/daten/uploads/massnahmenplan-inklusion-final_15.12.2023.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Landratsamt Kyffhäuserkreis (2024): Details zur Einführung einer Bezahlkarte für Asylbewerber. Online verfügbar unter <https://www.kyffhaeuser.de/details-zur-einfuehrung-einer-bezahlkarte-fuer-asylbewerber/>, zuletzt geprüft am 03.12.2024.
- Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp (edition suhrkamp Sonderdruck).
- Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 13. Auflage. Weinheim, Basel: Beltz.
- MOBIT (2022a): Chronik extrem rechter Aktivitäten in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>, zuletzt geprüft am 21.11.2024.
- MOBIT (2022b): Hass und Kommerz. Die neonazistische Musikszene in Thüringen. Online verfügbar unter <https://bundesverband-mobile-beratung.de/wp-content/uploads/2022/11/2022-Mobit-Handreichung-Hass-und-Kommerz-Die-neonazistische-Musikszene-in-Thueringen.pdf>, zuletzt aktualisiert am 18.11.2024.
- MOBIT (2023): Im Blick – Quartal 1/2023. Online verfügbar unter <https://mobit.org/im-blick-1-2023/>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Mudde, Cas; Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017): Populism. A Very Short Introduction. New York: Oxford University Press.
- Müller, Kristin; Götz, Timo (2024): Polizei vermutet Brandstiftung am ausgebrannten Sondershäuser Lastwagen. In: *Thüringer Allgemeine*, 11.01.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/blaulicht/article241400456/Polizei-vermutet-Brandstiftung-am-ausgebrannten-Lkw.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Quent, Matthias; Mönig, Alina; Hascher, Marleen; Kerst, Benjamin; Osterberger, Edmund (2024): Rechtsextremismus in ökologischen Transformationsräumen (RIOET). Auswertung der quantitativen Befragung. Hg. v. Hochschule Magdeburg-Stendal. Magdeburg. Online verfügbar unter https://idk-lsa.de/wp-content/uploads/2024/11/Moenig-Hascher-Kerst-Osterberger-Quent-2024-RIOET_Auswertung-der-quantitativen-Befragung.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Quent, Matthias; Schulz, Peter (2015): Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien. Wiesbaden: Springer VS.
- Rauch, Elena (2024): Schulen in Thüringen: Jede zehnte Stunde fällt aus. In: *Thüringer Allgemeine*, 25.10.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article407544519/schulen-in-thueringen-jede-zehnte-stunde-fiel-aus.html>, zuletzt geprüft am 22.11.2024.

- Rechercheportal Jena-SHK (2023): Bundesweite Neonazi-Anreise und Bedrohungsszenarien zum Prozessbeginn gegen „Knockout 51“ am OLG Jena. Online verfügbar unter <https://rechercheportaljenashk.noblogs.org/post/2023/08/30/bundesweite-neonazi-anreise-und-bedrohungsszenarien-zum-prozessbeginn-gegen-knockout-51-am-olg-jena/#more-1932>, zuletzt geprüft am 18.11.2024.
- Reiser, Marion; Küppers, Anne; Brandy, Volker; Hebenstreit, Jörg; Vogel, Lars (2024): Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023. Hg. v. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/3454/tm2023.pdf>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Reiser, Marion; Küppers, Anne; Brandy, Volker; Hebestreit, Jörg; Vogel, Lars (2023): Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Politische Kultur in Stadt und Land - Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2022. Hg. v. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Jena. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2980/tm2022-lang-bf.pdf>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Richter, Christoph; Salheiser, Axel (2021): Erkennen, vernetzen, gemeinsam gestalten. Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung. Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Projektberichte/LPfD-Ilm-Kreis-SR_Analyse_final_Onlineversion.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Ringler, Dominik (2023): Jugendbeteiligung als Teil der Demokratiebildung in der Kommune. In: Oliver Bokelmann (Hg.): Demokratiepädagogik. Theorie und Praxis der Demokratiebildung in Jugendhilfe und Schule, Bd. 29. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Soziale Arbeit als Wohlfahrtsproduktion, 29), S. 91–103.
- Salzmann, Susann (2024a): Aufstehen für Demokratie: In Artern formiert sich Bündnis. In: *Thüringer Allgemeine*, 05.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article241588162/Aufstehen-fuer-Demokratie-In-Artern-formiert-sich-Buendnis.html>, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Salzmann, Susann (2024b): Gegenwind für Beitritt Arterns zu Demokratiebündnis. In: *Thüringer Allgemeine*, 02.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article242238854/Gegenwind-fuer-Beitritt-Arterns-zu-Demokratiebuendnis.html>, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Salzmann, Susann (2024c): Kyffhäuserkreis: AfD instrumentalisiert Bluttat aus Solingen in Kleinstadt-Kurort. In: *Thüringer Allgemeine*, 25.08.2024. Online verfügbar unter

- <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/kyffhaeuserkreis/article407093159/kyffhaeuserkreis-afd-instrumentalisiert-bluttat-aus-solingen-in-kleinstadt-kurort.html>, zuletzt geprüft am 12.11.2024.
- Sauer, Birgit (2017): Transformationen von öffentlich und privat: Eine gesellschafts- und affekttheoretische Perspektive auf Geschlechterdemokratie. In: *Bulletin Texte / Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien / Humboldt-Universität zu Berlin* (43), S. 12–29. Online verfügbar unter <https://www.genderopen.de/bitstream/handle/25595/2070/Sauer.pdf?sequence=1&isAllowed=y>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Schlegel, Ron (2022): Jugend entscheidet... über Sondershausen! Online verfügbar unter <https://scholltimes.de/neuigkeiten/jugend-entscheidet-ueber-sondershausen/>, zuletzt geprüft am 18.11.2024.
- Schnetzer, Simon; Hampel, Kilian; Hurrelmann, Klaus (2024): Trendstudie Jugend in Deutschland. Unter Mitarbeit von Universitäts- und Landesbibliothek Münster.
- Sondershausen (o.J.): Kinder- und Jugendbeirat (KJB) der Stadt Sondershausen. Online verfügbar unter <https://www.sondershausen.de/kinder-und-jugendbeirat.html>, zuletzt geprüft am 18.11.2024.
- Sörje, Finn; Neumann-Wächter, Dominik (2023): Politische Bildung stärkt Demokratie. Zum Verhältnis von politischer Bildung und Jugendbeteiligung. In: *Außerschulische Bildung* (1), S. 39–44.
- Stadtverwaltung Sondershausen (2024): Schülergedenkprojekt und neue Stolpersteinverlegung. Online verfügbar unter <https://www.sondershausen.de/details/sch%C3%BClgergedenkprojekt-und-neue-stolpersteinverlegung.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Stange, Waldemar; Schrön, Anja; Bleckwedel, Timo (2018): Jugend-Demografie-Dialog. Jugendbeteiligung als Zukunftsstrategie zur Gestaltung des demografischen Wandels in ländlichen Regionen. Hg. v. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Online verfügbar unter <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/122044/dbbe-fea04cad50744f7c68267fe55fdb/jugend-demografie-dialog-broschuere-data.pdf>, zuletzt geprüft am 06.12.2024, zuletzt geprüft am 18.11.2024.
- Stauermann, Lara (2023): Zivilgesellschaftliches Engagement als Möglichkeit der Demokratiebildung. In: Oliver Bokelmann (Hg.): *Demokratiepädagogik. Theorie und Praxis der Demokratiebildung in Jugendhilfe und Schule*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Soziale Arbeit als Wohlfahrtsproduktion, 29).
- Strong Cities Network (2023): A Guide For Cities: Preventing Hate, Extremism & Polarisation. Online verfügbar unter <https://strongcitiesnetwork.org/resource/a-guide-for-cities/>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.

- Süddeutsche Zeitung (2022): Millionen-Förderung für Kyffhäuser-Denkmal in Thüringen. In: *Süddeutsche Zeitung*, 29.09.2022. Online verfügbar unter <https://www.sueddeutsche.de/kultur/bad-frankenhausen-kyffhaeuser-millionen-foerderung-fuer-kyffhaeuser-denkmal-in-thueringen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220929-99-947158>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Thünen-Institut. (2022). Landatlas des Thünen-Institut Forschungsbereich ländliche Räume. Abrufbar unter: www.landatlas.de, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Thüringer Allgemeine (2018): 33-Jähriger schwer verletzt: Blutige Auseinandersetzung auf Markt in Sondershausen. In: *Thüringer Allgemeine*, 30.08.2018. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/leben/blaulicht/article224560215/33-Jaehri-ger-schwer-verletzt-Blutige-Auseinandersetzung-auf-Markt-in-Sondershausen.html>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Thüringer Allgemeine (2024a): Pflanzen Reichsbürger Treffen in Helbedündorf? In: *Thüringer Allgemeine*, 06.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article241598100/Pflanzen-Reichsbuerger-Treffen-in-Helbeduendorf.html>, zuletzt geprüft am 04.03.2024.
- Thüringer Allgemeine (2024b): Bürgerdialog der AfD in Sondershausen. In: *Thüringer Allgemeine*, 14.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article242336602/Buergerdialog-der-AfD-in-Sondershausen.html>, zuletzt geprüft am 18.11.2024.
- Thüringer Allgemeine (2024c): AfD-Stadtrat verbittet sich Debatte. In: *Thüringer Allgemeine*, 25.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/kyffhaeuserkreis/article406646725/afd-stadtrat-verbittet-sich-debatte.html>, zuletzt geprüft am 14.11.2024.
- Thüringer Allgemeine (2024d): Dorffest im Kyffhäuserkreis: Mann wird gewalttätig und ruft verfassungsfeindliche Parolen. In: *Thüringer Allgemeine*, 18.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/lokales/kyffhaeuserkreis/article407041054/mann-wird-auf-dorffest-im-kyffhaeuserkreis-gewalttaetig-und-ruft-verfassungsfeindliche-parolen.html>, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2009): Landtagswahl 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landkreis 65 Kyffhäuserkreis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2009&zeigeErg=LK&terrKrs=65>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2014): Landtagswahl 2014 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landkreis 65 Kyffhäuserkreis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=LK&terrKrs=65>, zuletzt geprüft am 06.12.2024

- Thüringer Landesamt für Statistik (2019): Landtagswahl 2019 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landkreis 65 Kyffhäuser. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2019&zeigeErg=LK&terrKrs=65>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024a): Landkreis 065 Kyffhäuserkreis. Online verfügbar unter https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/WAHL.asp?wahlart=KW&wJahr=2024&zeigeErg=WK&auswertung=3&wknr=065&gemnr=&terrKrs=&gemeinTeil=000&buchstabe=&Langname=&wahlvorschlag=&sort=&druck=&XLS=&anzahlH=-2&NichtExistierende=&x_vollbildDatenteil=&optik=&aktual=&ShowLand=&ShowWK=&ShowPart=, zuletzt geprüft am 04.12.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024b): Landkreis: Kyffhäuserkreis. Online verfügbar unter <https://statistik.thueringen.de/datenbank/kreisblatt.asp?krs=65>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024c): Landtagswahl 2024 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landkreis 65 Kyffhäuser. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2024&zeigeErg=LK&terrKrs=65>, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Thüringer Landesamt für Statistik (2024d): Thüringer Daten. Tabellen und Übersichten. Online verfügbar unter <https://statistik.thueringen.de/datenbank/default2.asp>, zuletzt geprüft am 22.08.2024.
- Thüringer Landtag (2019): „Identitäre Bewegung Thüringen“ – nachgefragt. Drucksache 6/7564. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/72047/identitaere_bewegung_thueringen_nachgefragt.pdf, zuletzt geprüft am 19.11.2024.
- Thüringer Landtag (2022): Versammlungslagen im Zusammenhang mit dem Querdenken-Spektrum in Thüringen. Drucksache 7/6187. Online verfügbar unter https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/88703/versammlungslagen_im_zusammenhang_mit_dem_querdenken_spektrum_in_thueringen_korrigierte_fassung.pdf, zuletzt geprüft am 29.11.2024.
- Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2024): Verfassungsschutzbericht 2023 Freistaat Thüringen. Pressefassung. Online verfügbar unter https://verfassungsschutz.thueringen.de/fileadmin/Verfassungsschutz/Oeffentlichkeitsarbeit/Verfassungsschutzbericht_2023.pdf, zuletzt geprüft am 22.11.2024.
- Topografie des Rechtsextremismus in Thüringen (2024): Karten zum Projektbericht 2023. Hg. v. KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und

- gesellschaftliche Integration. Jena. Online verfügbar unter <https://storymaps.arcgis.com/collections/7f17cad1ca7c41a1924eebc36023a7c1?item=1>, zuletzt geprüft am 16.12.2024.
- Treidl, Johanna; Wagenschwanz, Lisa; Müller, Lars; Salheiser, Axel (2023): Situations- und Ressourcenanalyse für den lokalen Aktionsplan der Stadt Weimar. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Jena. Online verfügbar unter https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Bericht_Situations-und_Ressourcenanalyse_Weimar_final.pdf, zuletzt geprüft am 24.10.2024.
- Vodafone Stiftung Deutschland (Hg.) (2022): HÖRT UNS ZU! Wie junge Menschen die Politik in Deutschland und die Vertretung ihrer Interessen wahrnehmen. Online verfügbar unter https://www.vodafone-stiftung.de/wp-content/uploads/2022/04/Jugendstudie-2022_Vodafone-Stiftung.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- Wille, Ireen (2024): Diese Kommune ist die erste im Kyffhäuserkreis, die Arbeitsgelegenheit für Asylsuchende anbietet. In: *Thüringer Allgemeine*, 14.05.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/kyffhaeuserkreis/article242332336/Diese-Kommune-ist-die-erste-im-Kyffhaeuserkreis-die-Arbeitsgelegenheit-fuer-Asylsuchende-anbietet.html>, zuletzt geprüft am 03.12.2024.
- Wingert, Christine (2024): Kulturpolitik für ländliche Räume. Kulturverständnisse und Ländlichkeitskonzepte in Kulturpolitik und Forschung. Hg. v. Institut für Kulturpolitik der Kulturpolitischen Gesellschaft. Bonn. Online verfügbar unter https://www.ku-poge.de/wp-content/uploads/2024/10/Wingert_Kulturpolitik-fuer-laendliche-Raeume.pdf, zuletzt geprüft am 06.12.2024.
- YouTube (2024): »Der lange Anlauf« Ein Film über Björn Höcke. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/watch?v=QGx29DUb7Hk>, zuletzt geprüft am 05.12.2024.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate (2021): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Bonn: J. H. W. Dietz.
- Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bonn: J. H. W. Dietz.

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Abbildung 1: Adaptiertes Analyseschema nach Quent und Schulz (2015), Dieckmann et al. (2022) und Treidl et al. (2023).....	11
Abbildung 2: Gebietsstand des Kyffhäuserkreises zum 01.01.2024 (Anmerkung: zu einzelnen Gemeinden zugehörige aber räumlich abgetrennte Gebiete werden über Doppelpfeile mit der Gemeinde verbunden (Thüringer Landesamt für Statistik 2024b)	16
Abbildung 3: Sitzverteilung im Kreistag des Kyffhäuserlandkreises nach der Kreistagswahl 2024. Eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024a).	18
Abbildung 4: Stimmenanteile im Kyffhäuserkreis bei Landtagswahlen (Zeitverlauf 2009–2024, Parteien mit über 1,0 % Stimmenanteilen), eigene Darstellung. Datenquelle: Thüringer Landesamt für Statistik (2024c, 2019, 2014, 2009).	20